

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung,
Drag. II., Refajants 18.

Telephone:
Sagereaktion:
20795, 31400.
Nachredaktion: 20797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfterem
Einschaltungsmehr Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 8 Bl.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 14. Dezember 1927.

Nr. 292.

Der Kampf um die Macht.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Selbst wenn die Ankündigung der Eisenkönige von der Ruhr, am 1. Jänner ihre Betriebe stillzulegen, nicht ausgeführt werden sollte, so wird doch die Erregung über ihr brutales Vorgehen in der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands noch lange nachzittern. Und man darf erwarten, daß eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik, wer den Staat beherrschen soll, ob eine Handvoll Kapitalmagnaten oder die die gewaltige Mehrheit des Volkes bildenden schaffenden Massen, zu einer schnelleren Lösung kommen wird. Man hat versucht, die Vorgänge im Ruhrrevier mit dem großen britischen Kohlenstreik in eine gewisse Parallele zu bringen. Dieser Vergleich ist aber durchaus falsch. Daß der englische Kohlenbergbau reformbedürftig war, darüber bestand beim Ausbruch des Kampfes kein Zweifel. Es hat sich damals vor allem darum gehandelt, wer die Kosten für die notwendigen Reformen tragen sollte. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie ist aber in keiner Weise notleidend. Im Gegenteil, die Werte sind durchwegs auf die höchstmögliche Leistungsfähigkeit gebracht worden, aus ihren eigenen Veröffentlichungen geht hervor, daß ihre Produktionskraft im Verhältnis zu dem aufzuwendenden Kapital und zu der Größe der Belegschaft sogar noch die der amerikanischen Schwerindustrie übertrifft. Die Ruhrindustriellen haben die Wirren der vergangenen 15 Jahre glänzend überstanden. Der Krieg verschaffte ihnen eine ununterbrochene Hochkonjunktur; nach dem Friedensschluß wurden ihnen außerordentlich hohe Entschädigungen für ihren ehemaligen Besitz an lothringischem Erz ausbezahlt; das Ende des Ruhrkampfes brachte ihnen das 700 Millionen Reich der Lutherregierung; und schließlich haben sie die Depressionsjahre 1924 bis 1926 dazu benutzt, um auf Kosten der Arbeiter die Nationalisierung ihrer Betriebe durchzuführen.

Es handelt sich jetzt auch gar nicht um eine Reform, um eine Neuerung, sondern um die Wiedergutmachung eines an der Arbeiterklasse begangenen Unrechts. Beim Zusammenbruch im November 1918 setzten die sozialdemokratischen Volksbeauftragten die Arbeitszeit allgemein auf acht Stunden herab. Ende 1923, als die Arbeiterklasse durch den Krieg, durch die Inflation und den Ruhrkampf zermürbt und kampfunfähig war, wurde in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie der Zehn-Stundentag für kontinuierliche Betriebe sogar der Zwölfschichtenwechsel zu je zwölf Stunden eingeführt. Die Metallarbeiter haben inzwischen zum Teil eine Herabsetzung der Arbeitszeit erreicht, zum Teil wurde auch durch das in diesem Jahre beschlossene Arbeitszeitgesetz die Frage der Ueberstunden neu geregelt. Der Reichsarbeitsminister sah sich auch endlich genötigt, für die Hütten- und Walzwerke eine Verordnung zu erlassen, wonach die Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt wird. Am 1. Jänner soll diese Verordnung in Kraft treten. Nun würden die Unternehmer sich nicht so sehr gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit wenden, wenn sie den Stundenlohn nicht zu erhöhen brauchten. Die Arbeiter aber verlangen selbstverständlich, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mit einer Verringerung ihres Lohnes verbunden sei; im Gegenteil, sie fordern, daß der tatsächlich gezahlte Lohn den Teuerungsverhältnissen angepaßt, das heißt also, wesentlich verbessert werde. Die Unternehmer behaupten, daß sie diese Kosten für die neue Regelung der Arbeitszeit nicht tragen könnten. In Wirklichkeit sind sie dazu nicht nur durch die Ausdehnung ihres Kapitalbesitzes, sondern auch durch die ständig steigenden Ertragsnisse der Betriebe sehr wohl in der Lage. Gerade in diesen Tagen ist der Bericht der Aktiengesellschaft Krupp über das zuletzt abgeschlossene Geschäftsjahr herausgekommen. Krupp hat unter den Nachwirkungen des Krieges noch am schwersten zu leiden gehabt. Dieses Werk war früher vornehmlich auf die Erzeugung von Panzerplatten für die Marine

Für die Staatsbürger im Waffenrock.

Eine aufwühlende Rede des Senators Genossen Joll über die Zustände in der tschechoslowakischen Armee.

In der gestrigen Senatsitzung führte Senator Joll u. a. aus:

Der Vorschlag des Herrn Ministers für nationale Verteidigung ist wohl die beste Illustration für die ewigen, nicht vom Fleck kommenden Verurteilungen des Völkervertrages über die Abrüstung. Wir Sozialdemokraten standen vom ersten Anfang an pessimistisch diesen Verurteilungen gegenüber, aber jetzt ist es wohl für jeden Laien klar, daß

die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung ohne den Massenmord und dessen Organisation nicht auskommt.

Schon die Ziffern des Vorschlages zeigen uns, daß wir es mit einer angesprochenen Aufrüstung zu tun haben. Der Vorschlag in der Höhe von 1400 Millionen Kronen übertrifft den des Vorjahres um 30 Millionen. Dazu kommen aber die Summen, die teilweise im Rüstungsfonds festgelegt sind, nämlich 315 Millionen Kronen, dazu kommen noch die verschiedenen Schiebung, die im Zusammenhang mit der Zusammenstellung des Vorschlages des Ministers für Nationalverteidigung vorgenommen worden sind. So werden die Ausgaben für Patente hinübergeschoben in den Vorschlag des Arbeitsministeriums.

Die Ziffern des Vorschlages und die Erläuterungen zerstören das Märchen das die deutsche Regierungsparteien bei der Aenderung des Wehrgesetzes den Wählern erzählt haben, daß sie eine Herabsetzung der Zahl der Militärdienstpflichtigen bedeute, ganz gründlich. Es wird im Vorschlag zugegeben, daß wir heute schon eine

Steigerung des Mannschafstandes um rund 6.800 Mann

zu verzeichnen haben. Im Vorschlag ist der Stand der längerdienenden Unteroffiziere mit einer Höhe von 6.000 angenommen. Es berührt uns ganz eigentümlich zu sehen, wenn man Gelegenheit hat in den verschiedenen Städten an Offiziershäusern vorüberzugehen, daß dort noch massenhaft Soldaten mit Dienstleistungen beschäftigt sind, die mit dem Militarismus absolut nichts zu tun haben. Wenn Sie z. B. in Troppau an Wohnhäusern von Offizieren vorübergehen, so werden Sie finden, daß dort

Soldaten als Ordnonanzen zu allen möglichen Zwecken verwendet werden, zum Teppichklopfen, zum Wischen, zum A'nderwarten

(Zen. Löw: Zum Windelwaschen.) Ich habe schon im Vorjahre darauf hingewiesen, daß man

und von Geschützen eingestellt. Der Vertrag von Versailles brachte das Verbot dieser Fabrikation, es mußte eine völlige Umstellung vorgenommen werden. Berücksichtigt man diese Umstände, so wird man erst erkennen, was es bedeutet, wenn das Kruppwerk seinen Rohgewinn von 33 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 42.7 Millionen Mark im Jahre 1927 steigern und im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 13 Millionen Mark erzielen konnte. Das Bankguthaben ist von 14 Millionen auf 42 Millionen Mark gestiegen. Das Werk war in der Lage, eine hohe siebenprozentige Auslandsanleihe abzuschließen und sie durch sechsprozentige Schuldverschreibungen zu erziehen. Sind die Verhältnisse schon bei Krupp so außerordentlich günstig, so sehen die Dinge in den Betrieben noch ganz anders aus, die eine normale Produktion hinter sich haben.

Es ist in der Tat weniger eine Kosten- als eine Machtfrage, um die es jetzt geht. Das demokratische Wahlrecht ist den Eisenkönigen zuwider. Ob Deutschland ein republikanisches oder ein monarchistisches Staatswesen ist, das spielt bei ihnen allerdings keine Rolle, wenn sie nur in dem einen wie in dem anderen den Ton angeben können. Die Kapitalmagnaten wollen verhindern, daß eine Parlamentarität Geistes schafft, die ihnen selbst unangenehm sind. Sie wollen verhindern, daß die Gewerkschaften bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine entscheidende Mitwirkung haben. Sie wollen wieder zu dem Zustande der Periode des Frühkapitalismus zurückkehren, in der der Besitzer der Produktions-

auf der einen Seite die Wagen der Offiziere erhöht, auf der anderen Seite aber die Wohnung der Mannschaft abgebaut

hat. Da können wir nun konstatieren, daß man scheinbar der Meinung ist, daß die 1.50 K. die der Soldat täglich bekommt, zuviel ist, daß man den Soldaten ruhig noch andere Ausgaben aufspalten kann. Es gibt eine Reihe von Truppenführern, wo den Soldaten unkontrollierbare Abzüge für die verschiedensten Dinge gemacht werden, darunter für Zeitungen, die in der Kantine auflegen. Außerdem werden noch Abzüge für die JMA und andere Dinge gemacht. Das ungeheuerlichste, das beispiellos dastehende in unserem Staate, das auch kein Beispiel in der Vergangenheit hat, ist aber, daß man den Soldaten Abzüge macht für angebliche verdorbene Gegenstände. Unter dem Titel Ersatz für verdorbene Gegenstände werden unsere Soldaten buchstäblich geplündert.

In einer Reihe von Briefen und persönlichen Feststellungen will ich

zur militärischen Dienstordnung eine Illustration

geben. Charakteristisch ist folgender Fall der sich bei einer Abteilung zugetragen hat. Weil ein Stahlhelm auf dem Mantel schiefhängte, jagte der „Svobodnik“ Dreher um halb 8 Uhr abends die ganze Mannschaft in die Kuchenschule und ließ sie eine halbe Stunde lang Laufschrift machen. Weiter ein ungemein rauher Brief von dem Infanteristen Josef Vampel — ich kann den Namen nennen, weil der Mann leider nicht mehr unter den Lebenden ist — vom jezdeck's pluz 3 in Nový-Somarov. Der Brief lautet:

„Lieber Josef. Ausgang haben wir erst in sechs Wochen, da wir nicht einmal die Zeit dazu haben. Um 4 Uhr müssen wir aufstehen. Da geht es bis um sieben Uhr. Dann müssen wir putzen und schlafen gehen. Mittags haben wir keine Zeit zum Essen. Um 12 Uhr kommen wir herein von der Kuchenschule, um halb 1 Uhr müssen wir schon wieder hinaus. Wenn wir abends heim kommen, sind wir froh, daß wir schlafen gehen können. Bei uns haben sich schon zwei aufgehängt und einer ist schon nach Ungarn übergelaufen, denn es ist nicht zum aushalten, wie wir gequält werden. . . . wir müssen sehr viel Zeug kaufen, Paketten, Riemen, Wägenkämme, Reistod usw.“

Der Mann spricht den Wunsch aus, noch einmal Weihnachten erleben zu können. Er hat Weihnachten nicht mehr erlebt, zwei Tage nach

mittel der Herr im Betriebe, der Arbeiter aber sein Anecht war. Es ist also ein Kampf um die Macht, der hier ausgebrochen ist, und wie er auch dieses Mal noch ausgehen mag, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß das Ende ganz anders ausfallen wird, als es sich heute die Eisenindustriellen vorstellen.

Denn das brutale Vorgehen der Eisenkönige hat zunächst schon das eine im Gefolge gehabt, daß die Dienstleistungen weit über die Reihen der sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinaus alarmiert wurde. Schon schreibt selbst „Der Deutsche“, das Tagesblatt der christlichen Arbeiter, von der Sozialisierung der deutschen Montanindustrie. Das ist es, was über den augenblicklichen Lohnkampf hinaus das Ziel der deutschen Arbeiterklasse sein wird: Das Eigentum über die Bodenschätze und über die großen Produktionsmittel dem einen oder den zwei Dutzend von Kapitalmagnaten zu entreißen und es in die Verfügung der Allgemeinheit zu überführen. Das Großkapital hat durch den Reichsbankpräsidenten Schacht einen Angriff auf die wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Städte unternommen. Dieser Angriff ist bereits zurückgeschlagen worden, er wird umgewandelt werden in einen Gegenangriff auf die Plutokratie des Montankapitals. Und der Ausgang dieses Kampfes steht jetzt schon fest: die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes gehört zu dem nichtkapitalistischen, zu den heillosen Klassen, die kein Interesse an der dauernden Erhaltung der Privilegien einer Handvoll Großkapitalisten haben.

der Ablendung des Briefes wurde er von einem Pferd geschlagen und verlor sein Leben.

Ferner die Zustände beim Infanterieregiment Nr. 34 in Troppau, zweites Bataillon, 5. Komp. untergebracht in der Masaryk-Kaserne — man sollte den Namen dieser Kaserne ändern, denn sie ist durchaus nicht ein Ruhmesblatt. Sie ist

voller Wanzen und Matten,

es ist schon der Fall vorgekommen, daß eine einen Mann bei Nacht in die Lippen gebissen hat. Infanterieregiment Nr. 40 in Oberberg: Menage schlecht. Erst nach Interpellation von mir, ist sie etwas besser geworden. Dagegen hat es vorher als Menageaufbesserung fleißig das Kommando auf und nieder gegeben. Die Rekruten sind mit neuen Stoffen eingerüstet und es wurde der Befehl gegeben,

die Koffer mit Schuhpaste einzuschmierem und zu wischen, damit sie mehr glänzen.

Ueber das Infanterieregiment Nr. 40, 3. Feldkompanie, schreibt ein Reservist, der die Waffenübung dort mitgemacht hat:

„Der Zustand der Monturen ist ekelhaft, schmutzig, zerrissen, spitz.“

also unhygienisch im höchsten Grade. Ein eben so trauriges Kapitel bildet die Fußbekleidung. Alte, schlechte gestrickte Vaganzhosen werden ausgefolgt. Bei den entsetzlichen Gewaltmärschen, die heuer besonders zur Erleichterung der Reservemannschaften gemacht worden sind, gab es in ungeheurer Zahl Fußmarode.“

Ich habe eine Reihe von

Beschwerden von Reservisten aus den

hier zur Verfügung. Ich will nur ein paar der kräftigsten heranziehen. Vom Wanderver des Bersagliereregiments 252 schreibt uns ein Reservist, der das Manöver mitgemacht hat, daß der dienstführende rotmistr Jacharias ohne Grund einem ungarischen Juden einen Stoß mit dem Knie in die Hüfte gegeben hat und ihm drohte, wenn er nicht sofort gehe, werde er ihm ein paar herunterhauen. Der ungarische Jude erhielt dann von dem rotmistr Jacharias Schläge

mit der Reitpeitsche ins Gesicht

Beim Pionierregiment 1, 3. Kompanie waren in Preßburg Donauübungen angelegt. Es wurden dieser Kompanie auch Reservisten zugeteilt, die früher nie bei den Pionieren gearbeitet haben. Es ist natürlich, daß sie mit den Verrichtungen nicht rasch vorwärts konnten. Sie erhielten dafür die schönen Titel

Schweinehund, Sauwächter, Trottel

und ähnliche.

Besonders schöne Zustände müssen im Manöver bei dem von mir wiederholt genannten Infanterieregiment Nr. 40 herrschen denn ein Teilnehmer hat an uns nachfolgende Fragen gerichtet: „Warum wurde in der Zeit der Manöver an die Mannschaft Brot verteilt, dessen Qualität nicht entprochen hat, ja, das letzte Endes sauer und schimmig war? Warum wurde der Mannschaft Brot ausgefolgt, das bis 10 Tage alt war? Warum wechselten auf der Speisekarre durch volle 21 Tage immer nur Erbsen, Linsen, Bohnen und Kraut ab? Warum mußten bei einigen Kompanien die Mannschaften von 4 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags ohne Essen marschieren?“

Warum erhielt die Mannschaft nicht einmal Frühstück und Nachtmahl?“

So sieht die Dienstordnung in der Praxis aus. Wer wunderlich da, daß die Unlust zum Militärdienst die Ursache wird zu vielen Soldaten selbstmorden?

Beim Infanterieregiment 32, technische Rotte diente der Soldat Karl A. aus Tepitz. Er erkrankte an einem Nervenleiden, hatte oft

Schmachtsanfälle, Bewußtlosigkeit viermal hintereinander.

Infolgedessen kam er ins Spital. Die behandelnden Ärzte erklärten, er müsse nachhause geschickt werden, sein Vorgesetzter aber erklärte, er sei ein Schwinder und so mußte der Soldat weiter dienen.

Beim Infanterieregiment Nr. 40 in Oberberg verließ den ärztlichen Dienst ein Arzt namens Schmel, der angeblich gar kein Arzt ist, sondern Tierarzt. Er hat dem entsprechend die Mannschaft behandelt und jüngst einen Soldaten

mit 40 Grad Fieber gesund erklärt.

Die Verhältnisse der Mannschaft sind tröstlos und es ist bedauerlich, daß sie jedes Jahr

Schlechter statt besser werden. Es kann nur besser werden, wenn man daran gehen wird, den Autoritätswahn abzuhauen und wenn man die Einrichtungen des geschützten Beschwerderechtes durch Einführung des

Systems der Soldatenberaternämänner trifft, wie wir es im österreichischen Heer haben. Parallel mit der Einrichtung des Zivilkommissars mit weitester Vollmacht wäre vielleicht die Möglichkeit vorhanden, hier Wandel zu schaffen.

Zum Schluß möchte ich an den Herrn Minister für nationale Verteidigung noch die Frage richten, wie es eigentlich mit der

Liquidierung der Kadavere steht, u. zw. möchte ich schon bitten etwas aus der Reserve herauszurufen und uns nicht wieder damit zu verträumen, daß uns Antwort gegeben wird, bis die Affäre vollständig abgeschlossen ist. Ich möchte vor allem wissen, ob die pensionierten Generale, die sich auf der Tagung der Faschisten in Pardubitz so besonders hervorgetan haben, entsprechend den Disziplinargesetzen eingeschritten worden ist. Gleichzeitig möchte ich darauf aufmerksam machen, daß gleich nach dem Überfall auf den Sektionschef Vorel in der Öffentlichkeit ausgegeben werden mußte, daß sich an der faschistischen Bewegung auch aktive Offiziere beteiligten. Ich würde den Herrn Minister für nationale Verteidigung bitten, uns auch diesbezüglich eine klare Antwort zu geben, denn es ist sehr auffallend, daß selber diesbezüglich auch nicht die geringste Meldung der Öffentlichkeit übermündet worden ist. Wir sind natürlich nicht in der Lage, angesichts der Tendenz dieses Vorschlages dafür zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Das Budget im Senatsplenum.

Erster Verhandlungstag.

Im Senat begann gestern die für vier Tage vorgesehene Debatte über den Staatsvoranschlag. Unter anderem sprach Minister Engliš, der sich nicht sehr glücklich gegen die Angriffe auf seine Finanzpolitik zur Wehr setzte, und der sich von Tag zu Tag weniger scheut, offen als der Verteidiger der kapitalistischen Interessen hervorzutreten. Bemerkenswert war die Rede des Genossen Joll, der sich in eingehender Weise mit den Zuständen im tschechoslowakischen Heere befaßte und eine wichtige Anklagerede gegen den Militarismus hielt. An Hand einer ganzen Menge von Beispielen wies er nach, daß sich insbesondere in der Behandlung der Mannschaft seit Mitsterreichs Zeiten nichts geändert habe, ja daß manches noch viel ärger geworden sei. Genosse Joll hat durch diese Rede abermals bewiesen, daß er einer der besten Kenner der militärischen Verhältnisse unter den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften ist.

Nachstehend der Bericht: In der Debatte spricht zunächst der Berichterstatter Dr. Stodola, der natürlich am Voranschlage nichts auszufehen hat, nach ihm

Finanzminister Dr. Engliš. Er wirft einen Rückblick auf die bisherige Finanzpolitik der Tschechoslowakischen Republik und führt dann aus, daß man in der Finanzpolitik auf die finanzielle Tragfähigkeit der Bevölkerung Rücksicht nehmen müsse. Das tut der Herr Minister allerdings nur bei jenen direkten Steuern, welche die besitzenden Klassen zahlen, nicht aber

bei den Steuern auf den Massenverbrauch, unter deren Last das arbeitende Volk leidet.)

Wir müssen die Position des Kapitals in den Unternehmungen stärken.

Unser Staatsvoranschlag arbeitet noch immer mit zu hohen Ziffern. Für einen Exportstaat haben wir zu hohe Handelssteuern, welche langsam verringert werden müssen. (Davon ist vorläufig nichts zu sehen. Im Gegenteil! Durch die geplanten neuen indirekten Abgaben der Gemeinden wird die Besteuerung des Verbrauches noch gesteigert werden.) Der Minister führt dann aus — man kann dies nur als blutige Ironie bezeichnen — daß er kein Feind der Selbstverwaltung sei, und daß Staats- und Selbstverwaltung einträchtig zusammenarbeiten müssen. (Diese „Zusammenarbeit“ besteht darin, daß der Staat befehlt und die Funktionäre der Selbstverwaltung zu Fuß gehen.) Dann erklärt der Herr Dr. Engliš, daß er kein Feind der Schule sei, was ihm aber niemand glauben wird. Zum Schluß sagt der Minister, die Verpachtung der Eisenbahnen sei nicht aktuell, die Frage sei für ihn keine grundsätzliche.

Nach dem Finanzminister kritisiert der Kommunist Staak die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Staates, während Šrobár (tsch. Agr.) die Angriffe zurückweist, denen in den letzten Wochen die tschechische Agrarpartei ausgesetzt war. Dann spricht Gen. Joll, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle bringen. Dr. Procházka (tsch. Agr.) setzt sich für die Rückwärtserei auf dem Gebiete der Schule ein, worauf Sen. Gen. Habrman (tsch.

Abgeordnetenhaus. Genosse Kaufmann über die Bilanzverhältnisse der großen Gesellschaften.

Prag, 13. Dezember. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses um halb 4 Uhr nachmittags wird zunächst der Nachfolger des verstorbenen Agrarsenators Dr. Blaho, Abgeordneter Jan Zeman, vereidigt. Infolge Krankheit sind entschuldigt Ministerpräsident Švebha und Genosse Dr. Čech.

Das neue Wechselgesetz, das die bisher verschiedenen Vorschriften für die historischen Länder und für die Slowakei unifiziert, wird ohne Debatte angenommen, ebenso das Gesetz über die Wechselgebühren, die bei kurzfristigen Wechseln bis zu sechs Monaten zwei Promill betragen, während bei längeren Wechseln die bisherige Stala beibehalten wird.

Dr. Šnidel referierte sodann über die Novelle zu Artikel VII der Steuerreform; die bisherigen Bestimmungen wurden so ausgelegt, daß die Gesellschaften in der Bilanz für 1926 die alten verheimlichten Gewinne als steuerfreie Posten führen können. Die Auslegung soll eine Neufassung der Bestimmungen beseitigen.

In der Debatte spricht zunächst Dr. Rošc (D.-Nat.), der sich gegen die neue Fassung stellt, da der angebliche „Sinn“ des Artikels, für das Jahr 1926 eine gewisse Erleichterung zu bringen, von der Finanzverwaltung nun nicht mehr beachtet werde.

Genosse Kaufmann weist auf die Erregung hin, die die Vorlage unter den Industriellen hervorgerufen hat, und erklärt: Für uns ist die Vorlage nur eine ungenügende Korrektur der durch das Gesetz über die Stabilisierungsbilanzen ermöglichten Steuerhinterziehungen und Bilanzverschönerungen.

Ich selbst habe den Herrn Minister seinerzeit im Budgetauschuß auf die zu erwartenden Folgen auf-

merksam gemacht. Jetzt kommt dem Herrn Minister allem Anscheine nach langsam selbst das Grauen an und er beginnt einzusehen, daß die Industriellen alle Möglichkeiten, die der Artikel VII offen läßt, voll und ganz ausnützen.

Wir haben seinerzeit offen zugegeben, daß wir die Erstellung von Stabilisierungsbilanzen für notwendig erachten. Wir haben aber gleich damals darauf aufmerksam gemacht, daß man das Gesetz dazu benötigen wird, um in früheren Jahren verheimlichten Reserven steuerfrei den Aktionären zuzuführen. Die Unternehmungen gehen aber heute noch weiter als wir damals geahnt haben und benötigen das Gesetz über die direkten Steuern um reinen Tisch zu machen und alle die Reserven aus der Zeit vor dem Jahre 1927 an die Aktionäre steuerfrei zur Auszahlung zu bringen.

Wie sich dies auswirkt, können wir an den verlaubbaren Bilanzen einer Anzahl von Unternehmungen feststellen. So hat die

Brüder Kohlenbergbaugesellschaft 100 Prozent ihres Aktienkapitals in Form von Gratisaktien ausgegeben und die Aktien außerdem von 400 auf 500 K aufgestempelt. Das Kapital der Gesellschaft wurde dadurch aus den früher angelegten stillen Reserven von 10 auf 100 Millionen erhöht. Die Dividende für das Jahr 1926 beträgt tatsächlich nahezu 50 Prozent des Kapitals! Bei der

Nordböhmischen Kohlenbergbaugesellschaft liegen die Verhältnisse noch besser. Auch hier wurden 100 Prozent des Aktienbestandes als Gratisaktien ausgegeben und die bisherigen Aktien von 400 auf 800 K aufgestempelt, was einer Vermehrung des Gesellschaftsvermögens von 20 auf 80 Millionen entspricht. Bei einer nominalen Dividende von 100 K würde also der Ertrag in Wirklichkeit auf 400 K, also auf 100 Prozent des Aktienwertes, anwachsen! Alle diese Transaktionen erfolgten, obwohl die Forderung an Kohle gegenüber 1925 ziemlich zurückgegangen ist!

Es ist ungeheuer, wie die Bewertung der Anlagevermögen in den letzten Jahresbilanzen und in der Eröffnungsbilanz 1927 übersteigt.

Genosse Kaufmann weist auf die Erregung hin, die die Vorlage unter den Industriellen hervorgerufen hat, und erklärt: Für uns ist die Vorlage nur eine ungenügende Korrektur der durch das Gesetz über die Stabilisierungsbilanzen ermöglichten Steuerhinterziehungen und Bilanzverschönerungen. Ich selbst habe den Herrn Minister seinerzeit im Budgetauschuß auf die zu erwartenden Folgen auf-

merksam gemacht. Jetzt kommt dem Herrn Minister allem Anscheine nach langsam selbst das Grauen an und er beginnt einzusehen, daß die Industriellen alle Möglichkeiten, die der Artikel VII offen läßt, voll und ganz ausnützen.

Wir haben seinerzeit offen zugegeben, daß wir die Erstellung von Stabilisierungsbilanzen für notwendig erachten. Wir haben aber gleich damals darauf aufmerksam gemacht, daß man das Gesetz dazu benötigen wird, um in früheren Jahren verheimlichten Reserven steuerfrei den Aktionären zuzuführen. Die Unternehmungen gehen aber heute noch weiter als wir damals geahnt haben und benötigen das Gesetz über die direkten Steuern um reinen Tisch zu machen und alle die Reserven aus der Zeit vor dem Jahre 1927 an die Aktionäre steuerfrei zur Auszahlung zu bringen.

Wie sich dies auswirkt, können wir an den verlaubbaren Bilanzen einer Anzahl von Unternehmungen feststellen. So hat die Brüder Kohlenbergbaugesellschaft 100 Prozent ihres Aktienkapitals in Form von Gratisaktien ausgegeben und die Aktien außerdem von 400 auf 500 K aufgestempelt. Das Kapital der Gesellschaft wurde dadurch aus den früher angelegten stillen Reserven von 10 auf 100 Millionen erhöht. Die Dividende für das Jahr 1926 beträgt tatsächlich nahezu 50 Prozent des Kapitals! Bei der

Nordböhmischen Kohlenbergbaugesellschaft liegen die Verhältnisse noch besser. Auch hier wurden 100 Prozent des Aktienbestandes als Gratisaktien ausgegeben und die bisherigen Aktien von 400 auf 800 K aufgestempelt, was einer Vermehrung des Gesellschaftsvermögens von 20 auf 80 Millionen entspricht. Bei einer nominalen Dividende von 100 K würde also der Ertrag in Wirklichkeit auf 400 K, also auf 100 Prozent des Aktienwertes, anwachsen! Alle diese Transaktionen erfolgten, obwohl die Forderung an Kohle gegenüber 1925 ziemlich zurückgegangen ist!

Es ist ungeheuer, wie die Bewertung der Anlagevermögen in den letzten Jahresbilanzen und in der Eröffnungsbilanz 1927 übersteigt.

Genosse Kaufmann weist auf die Erregung hin, die die Vorlage unter den Industriellen hervorgerufen hat, und erklärt: Für uns ist die Vorlage nur eine ungenügende Korrektur der durch das Gesetz über die Stabilisierungsbilanzen ermöglichten Steuerhinterziehungen und Bilanzverschönerungen. Ich selbst habe den Herrn Minister seinerzeit im Budgetauschuß auf die zu erwartenden Folgen auf-

merksam gemacht. Jetzt kommt dem Herrn Minister allem Anscheine nach langsam selbst das Grauen an und er beginnt einzusehen, daß die Industriellen alle Möglichkeiten, die der Artikel VII offen läßt, voll und ganz ausnützen.

Wir haben seinerzeit offen zugegeben, daß wir die Erstellung von Stabilisierungsbilanzen für notwendig erachten. Wir haben aber gleich damals darauf aufmerksam gemacht, daß man das Gesetz dazu benötigen wird, um in früheren Jahren verheimlichten Reserven steuerfrei den Aktionären zuzuführen. Die Unternehmungen gehen aber heute noch weiter als wir damals geahnt haben und benötigen das Gesetz über die direkten Steuern um reinen Tisch zu machen und alle die Reserven aus der Zeit vor dem Jahre 1927 an die Aktionäre steuerfrei zur Auszahlung zu bringen.

Wie sich dies auswirkt, können wir an den verlaubbaren Bilanzen einer Anzahl von Unternehmungen feststellen. So hat die Brüder Kohlenbergbaugesellschaft 100 Prozent ihres Aktienkapitals in Form von Gratisaktien ausgegeben und die Aktien außerdem von 400 auf 500 K aufgestempelt. Das Kapital der Gesellschaft wurde dadurch aus den früher angelegten stillen Reserven von 10 auf 100 Millionen erhöht. Die Dividende für das Jahr 1926 beträgt tatsächlich nahezu 50 Prozent des Kapitals! Bei der

Nordböhmischen Kohlenbergbaugesellschaft liegen die Verhältnisse noch besser. Auch hier wurden 100 Prozent des Aktienbestandes als Gratisaktien ausgegeben und die bisherigen Aktien von 400 auf 800 K aufgestempelt, was einer Vermehrung des Gesellschaftsvermögens von 20 auf 80 Millionen entspricht. Bei einer nominalen Dividende von 100 K würde also der Ertrag in Wirklichkeit auf 400 K, also auf 100 Prozent des Aktienwertes, anwachsen! Alle diese Transaktionen erfolgten, obwohl die Forderung an Kohle gegenüber 1925 ziemlich zurückgegangen ist!

Der tolle Prinz.

38 Leben und Abenteuer. Von Harry Tomela.

„Ach, das ist noch gar nichts,“ äußerte der Graf ganz hoffnungslos zu mir, „dasselbe hier höre ich alle Tage. Aber wenn sie mal aufpassen, gelehrt zu reden, weiß man wirklich nicht, wo einem der Kopf steht.“ Er zündete sich eine Zigarette an und schüttelte den Kopf. „Ach,“ warf jetzt Gensdorf ein, „du kannst auch nichts anderes tun, als uns wie Kammbalgen schildern. Wir sind doch in seinem Negerdorf! Du benimmst dich wie ein christlicher Missionar.“ Zu mir gewandt, fuhr er naiv fort: „Soll'n mal sehen, Prinz, wie anständig ich mich benehmen kann, wenn Sie mich mal nach Potsdam einladen würden.“ Alles brach in ein schallendes Gelächter aus. Lachend erwiderte ich: „Es würde mir eine Freude sein, Sie mal bei mir in Potsdam zu sehen, aber im Augenblick bedauere sehr.“ Erst schien sich Gensdorf bemüht zu werden, daß er sich ja selbst eingeladen hatte. „So war das wirklich nicht gemeint. Durchlaucht!“ rief er völlig verärgert. Der Graf machte seiner Verlegenheit ein Ende, indem er die Tafel aufhob.

Nach dem Essen verfügte sich die ganze Gesellschaft nach unten, voran Gensdorf, der nach der Hauskapelle stie. Darauf folgte der junge Reichle. Sohn des Hofurgers Hofmarschalls, an ein Klavier, und der dicke L. nahm sich die Jazzpauke vor. Sie verhielten, der eine auf dem Klavier herumhüpfend, der andere die Pauke malträzierend, eine Jazzmusik nachzuahmen. Gensdorf brüllte dazwischen: „August, August.“ Jetzt begann die Kapelle sein Lichtspiel und zu intonieren, worin Gensdorf sein Verbrüder einfiel. Nach und nach geriet er förmlich in Ekstase

und verlangte stürmisch: „Gern hab' ich die Frau'n geküßt...“ Auch hier grüßte er mit. Jetzt war er selig, so redlich in seinem Element. Da er stets Stankarten in der Hosentasche mit sich führte, versuchte er, mich zu einem Spielchen zu animieren. Ich hatte mir jedoch vorgenommen, seine Karte nicht anzurühren und lehnte ab. Verärgert rief darauf Gensdorf: „Hier ist es ja langweilig! Wer geht mit in den Zeppel laufen?“ Als ich mich dazu bereit erklärte, war er überglücklich, in mir einen Zerkowpman gefunden zu haben, und fiel mir beinahe an den Hals. Im „Zeppel“ sahen bereits eine Menge anderer Korpsstudenten. Als Gensdorf und ich dort anlangten, tat Gensdorf sich sehr d. d. mit mir. Offenbar war er schon bekannt geworden, daß ich als Gast der Saxo-Vorussen in Heidelberg weilte. Ueberall begegnete ich einer respektvollen Behandlung. Um zu Gensdorf den nötigen Abstand zu wahren, legte ich mir über die Schulter an. Gensdorf trat wie eine Aule; ein Maß nach dem andern ging er hinter die Binde. Für kurze Zeit kam die Tochter des Wirts ins Lokal. Gensdorf rief sie zu sich heran, jedoch sie beachtete es nicht. Er war darüber ganz untröstlich und trank wie ein Wüstenhändler. Böslich bejauchte er das Lokal.

Am nächsten Tage nach dem Mittagessen ging ich mit dem Grafen wieder auf den Bummel. Wir kamen an dem Studentenreitplatz der Mariaacademia vorbei, die im Markstall ihr Heim hatte. „Wissen Sie, Durchlaucht,“ begann der Herr Graf, „hier ist so eine Rucke für arme Studenten. De kriegen da einen Fraß vorgeleht, der einfach zum Erbrechen ist. Ja, was heute aber auch nicht alles studiert und Student heißt!“ Ich überhörte scheinbar, was er damit sagen wollte, und erwiderte: „Nicht wahr ich finde es ganz fabelhaft, wenn jemand so ruhig ohne Zuschüsse von Eltern oder Anverwandten studiert.“ Ein wahres Gedankenmeer für mich hegte. Der Graf wurde bei diesen Worten über und über rot. Ein bißchen boshaft fuhr ich fort: „Es muß Ihnen

noch verdammt peinlich sein, oben in einem so feinen Korpshaus zu wohnen und ohne Sorge zu leben, während hier unten Ihre Kommilitonen manchmal nicht wissen, wovon sie den nächsten Tag noch existieren sollen.“ Der Graf schwieg und sah verlegen zur Seite. Wir gingen einen Augenblick nebeneinander, ohne ein Wort zu sagen. Es war gut, daß sich der Paulboden im selben Gebäude, dem Markstall, befand; so waren wir bald oben. Der Graf griff wieder zum Schläger und übte. Als er es für heute genug sein ließ, unterließ er sich mir ganz ungenötigt. Für seine vornehme Art war es recht bescheiden, daß er auch nicht den geringsten Anstoß an meiner Bemerkung genommen hatte. Er blieb genau so lebenswürdig und unbefangenen, wie er vorher gewesen war. In einer Weinstube tranken wir eine Flasche Wein zusammen. Wir unterhielten uns jetzt von allem möglichen. So kamen wir uns immer näher. Jeder empfand für den anderen ausgesprochene Sympathie.

Da abends Kneipe kein sollte, legte ich mich noch für ein paar Stunden auf's Ohr. Nach dem Abirdeffen ging er ins Kneipzimmer. Ein großes Faß Bier war aufgelegt worden. Wir zogen unsere Köpfe aus und legten die Kneipjacken an, die aus schwarzem Tuch mit weichen Treffen gefertigt waren. Hierbei erzählte mir der Graf, daß die Studentenpeleiche der Saxo-Vorussen, mit anderen Worten, ihr Studentenrad, ungeleitet aus weikem Tuch mit schwarzen Schnüren bestehe, wozu noch eine weiße Hufe mit Segen und Lachschublen getragen werde. Zusammen mit den weichen Stürmern und den schwarzen Schnüren darauf sei es ein glänzendes Bild. — Die schäumenden Gefäße wurden herumgereicht. Ich sah mit dem Grafen, dem Fuchsmajor Gensdorf und dem „Beau“ zusammen. Der Graf erzählte lachend einen Weg wie eines Tages das Korps den Universitätsareal vorbeifahren mußten. Große Aufregung! Niemand wußte wohin man fahren sollte, niemand hatte eine Ahnung, wo er wohnte.

Für seinen Teil setzte der Graf hinzu: „Ja, Durchlaucht, offen gestanden, die ganze Universität hier kenne ich nicht. Man ist ja auch letzten Endes nicht in Heidelberg um zu studieren.“ Da fiel Gensdorf ein: „Studieren studieren! Was heißt studieren! Was lange ich mit dem Schmus da oben auf meiner Klischee an?! Die Klischee müssen Sie mal sehen, Durchlaucht! Herzlich eingeladen! Fabelhafte Feiern! Weit und breit kein Boom! Drei Stunden bis zur nächsten Bahnstation. Alle fünf Schritte bleib die Kasse stehen. Alle Mann raus und schieben! Zu Fuß sind's drei Stunden; mit der Kasse anderthalb Tage. Nur nicht den Proviant vergessen, wenn Durchlaucht unangemeldet kommen sollten. Bei mir gibt's genug; auf dem Weg dorthin kriegen Durchlaucht mal 'ne Bockwurst.“ — „Warum sind Sie denn eigentlich in Heidelberg, Gensdorf?“ fragte ich ihn verwundert. „Na das gehört doch nun mal zum guten Ton, Saxo-Vorusse zu sein. Hier kann man doch andern Betrieb machen als da oben in Hinterpommern an Honorarorientiert vom „Blauen Ochsen“, wo es immer eine Sensation ist, wenn mal 'n Koosmich in Unterwäsche, Schuhwische und Schmerserfe auftaucht. Ne, Durchlaucht, über Mastfressen und Trockenfütterung kann ich mich mit meinen Subbajern noch allemal unterhalten. Schon heute ist's mir wie 'ner verfloffene Kacke zumute, wenn ich aus Examen denke und dann, heidi! ab nach Pommern! Na, da hilft eben kein Jammern kein Beten. Einen Daseinswettbewerb muß der Mensch ja auch schließlich haben. Bloß elchhaft, daß die Kerls dort arbeiten, daß der Dreck spritz Arbeit ist für mich dasselbe wie 'ne Beerdegung. Wenn ich ardenen soll komm ich mir immer vor wie 'n dogebißenes Huhn. Na, proßt Blume! Graf gab mir doch mal 'nen Stumpfbojen.“ Er zündete sich eine schwere Mexiko an. „Auf Bieredre Durchlaucht, Pommern ist eine faule Feind.“

Kanton in kommunistischen Händen.

Die Referenden angeführten Gewinne rückständig zu lassen hat und daß vor allem nicht die indirekten, sondern die direkten Steuern zu erhöhen und auszugestalteten sind, während man die indirekten Steuern abbauen müßte. Wir werden für die Vorlage stimmen, obwohl sie nach unserer Auffassung die alten Referenden viel zu wenig rigoros trifft. (Beifall.)

Der tschechische Genosse Johanis protestiert dagegen, daß die Prager Polizeidirektion das Aushängen von Plakaten verbot, in denen die Arbeitererschaft über die Folgen der Novelle zur Sozialversicherung aufgeklärt werden sollte, trotzdem diese Plakate die Zensur unbeanstandet passiert hatten.

Beider Rede des Genossen Johanis, der das verbotene Plakat von der Rednertribüne aus herumreichte, kam es zu heftigen Unwillensausbrüchen der Opposition, namentlich als einige Regierungsabgeordnete zu häßlichen Versuchen.

Nach Verabschiedung in erster Lesung wird die Regierungsvorlage über die Uebernahme der sicher gestellten Vorkriegsschuld behandelt. Die Tschechoslowakei muß nach den Friedensverträgen bestimmte Quoten der Vorkriegsprioritäten übernehmen, die gegen tschechische Staatspapiere umgetauscht, zum Teil bar ausbezahlt, zum Teil durch ein gemeinsames Institut aller Nachfolgestaaten verzinst und amortisiert werden. Die alten Kronen werden im Verhältnis 1:1 gerechnet, die Marktkronen zu 20 Kronen für je 100 Mark. Dr. Rosche erklärt in der Debatte, daß die Honorierung dieser Eisenbahnprioritäten mit Sponsen erwartet wurde; er lehnt die Vorlage ab und verlangt die Valorisierung der Obligationen alter Währung. Referent Dr. Sudek hält dem entgegen, daß man dann alles valorisieren müßte, auch zum Beispiel die Einlagen auf Sparkassenscheine. Die Vorlage wird schließlich unverändert angenommen und im verkürzten Verfahren dann ebenso wie alle andern heute behandelten Vorlagen auch in zweiter Lesung genehmigt.

Schluß der Sitzung um halb 7 Uhr abends. Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um halb 3 Uhr nachmittags.

Im verfassungswidrigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses wurde gestern die Novelle zum Gendarmengesetz behandelt. Genosse Grünzner stellte sich vor allem gegen die Erweiterung des Rechtes auf Gebrauch der Schusswaffe und führte dagegen eine Reihe sachlicher Argumente ins Treffen. Die Gesetzgeber sollten lieber das Uebel an der Wurzel fassen und durch Hebung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Menschen für die Verminderung des Verbrechertums sorgen. Die Steigerung der Kriminalität in der Nachkriegszeit ist ja vor allem in der schrecklichen Verelendung der Massen begründet. Vor allem wandte sich Genosse Grünzner auch dagegen, daß geschlossenen Gendarmenformationen der Waffengebrauch nach den für das Militär gültigen Vorschriften zugestanden wird. Die diesbezüglichen militärischen Vorschriften beruhen nicht auf einem Gesetz, sondern nur auf inneren Dienstvorschriften. Genosse Grünzner stellte zu § 13 einen Änderungsantrag, daß die Gendarmen nur im Falle der Notwehr (§ 2 des Strafgesetzes) von der Waffe Gebrauch machen darf, ferner einen Eventualantrag, daß wenigstens die alten Vorschriften in Geltung bleiben. Auch bezüglich der Verechtlichung der Gendarmen verlangte er die Streichung der Einschränkungen; in einem Eventualantrag forderte er, daß definitive Gendarmen nach vierjähriger Dienstzeit, bezw. Erreichung des 30. Lebensjahres, sich ohne Bewilligung ihrer Vorgesetzten verheiraten können. Die Anträge wurden von der Mehrheit jedoch abgelehnt und die Vorlage in der Fassung des Senats unverändert angenommen.

Der Budgetausschuss beschäftigte sich gestern u. a. mit dem Grundkataster. Hierzu stellte Genosse Hackenberg den Antrag, die Grundsteuer in eine progressive Steuer vom reinen Bodenertrag umzuwandeln, wodurch der ganzen umständlichen Bestimmungen des Katastergesetzes und überdies eine gerechtere Gestaltung der Grundsteuer erreicht würde. Die Beratung wurde schließlich abgebrochen und nach der Hausung wieder aufgenommen.

Im sozialpolitischen Ausschuss wurde gestern die Verlängerung der außerordentlichen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot (für Staatsangehörige) behandelt. Dabei entwickelte sich eine lebhaft diskutierte Debatte, in der die Opposition nachdrücklich vor einer Verschlechterung des Mieterschutzes warnte. Es gelang nur, die Verlängerung des Gesetzes auf ein halbes Jahr und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, gar nur bis Ende März 1928, durchzusetzen; weitergehende Anträge des Genossen Taub wurden abgelehnt. Ebenso wurde eine Resolution der Genossen Taub und Schäfer abgelehnt, die von der Regierung die beschleunigte Vorlage eines Wohnnotgesetzes forderte.

Wahlerfolge der tschechischen Sozialdemokraten. Am Sonntag fanden in einigen tschechischen Orten der Brünnener Umgebung Gemeindevahlen statt, die für die tschechischen Sozialdemokraten durchwegs überaus günstig ausfielen. In Tschonowitz erhielten sie 261 Stimmen und Tschonowitz 111, 1925 128 Stimmen. Die Nationaldemokraten verloren drei, die Kommunisten, Gemeindeparteier und Agraristen ein Mandat. In Mladá Boleslav erhielten die tschechischen Sozialdemokraten einen kleinen Stimmenzuwinn, während die Agrarier zwei und die Nationaldemokraten ein Mandateinbüßten. Auch in anderen, kleineren Gemeinden schnitt die tschechischen Genossen durchwegs gut ab.

London, 13. Dezember. (N.N.) Die bis in den heutigen Mittagsstunden hier vorliegenden Meldungen über die Ereignisse in China besagen, daß in Kanton die ersten kommunistischen Unruhen in Abwesenheit der Truppen des Generals Tschang-Kai-Schank andauern. Die gelegigen Brände, durch die die Gebäude der französischen Mission, des japanischen Krankenhauses und der Zentralbank brennend wurden, wüthen weiter, auch viele Stadtteile stehen in Flammen. Viele Chinesen, darunter Polizisten, wurden erschossen.

Die Regierung hat ein nach dem Muster des Sowjets gebildeter Volksrat übernommen, worin außer einem bekannten Führer der Seemanns-Union an hervorragender Stelle der vormalige erste Sekretär Vorodins als Kriegskommissar sitzt.

Die gegen die rote Armee operierenden Streitkräfte sollen gestern in Kanton die Kanäle für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Schlichtungsverhandlungen in Düsseldorf.

Berlin, 13. Dezember. (Eigenbericht.) Die Schlichtungsverhandlungen in der Schwerindustrie haben heute in Düsseldorf begonnen. Ein von der Regierung bestellter Sachverständiger erstattete ein Referat, das zu dem Schlusse kam, daß eine etappenweise Anwendung der Arbeitszeitverordnung möglich sei. Er behauptete dann, daß eine Lohnerhöhung in dem von den Gewerkschaften geforderten Ausmaß nicht ratsam sei. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten, daß diese Behauptungen für sie solange nicht beweiskräftig seien, als sie nicht selbst bei der Zusammentragung des von dem Regierungsvorstand benutzten Materials beteiligt seien. Die Verhandlungen werden voraussichtlich morgen zu Ende sein.

Das lettlandische Kabinett zurückgetreten.

Riga, 13. Dezember. (Eigenbericht.) Das lettlandische Linkskabinett Skujenieks hat im Parlament seinen Rücktritt angekündigt. Die

Gründe liegen in der schwierigen Lage des Kabinetts seit dem Austritt der Demokraten und der zwei russischen Minderheitsvertreter aus der Koalition, die durch den Abschluß des russisch-lettischen Vertrages hierzu veranlaßt wurden. Trotz dieser Schwächung hat die Regierung sämtliche Interpellationen der Rechten überstanden und konnte aus eigener Initiative heraus zu dem ihr genehmen Zeitpunkt zurücktreten.

Flucht der Ausländer.

Hongkong, 13. Dezember. (Neuter.) Ungefähr 40 Missionäre, größtenteils Amerikaner und Deutsche, sind auf der Flucht aus Kanton hier eingetroffen, ebenso auch einige Hundert chinesischer Flüchtlinge.

Aus Shanghai traf die Nachricht ein, daß das amerikanische Kriegsschiff „Sacramento“ vor Kanton Anker geworfen und Geschütze an Land gebracht habe, welche um das Gebäude des im europäischen Viertel untergebrachten amerikanischen Konsulates herum zum Schutze der ausländischen Flüchtlinge aufgestellt wurden. Amerikanische Marinesoldaten sind damit beschäftigt, die Ausländer aus dem Eingeborenenviertel in das europäische Viertel zu bringen.

Ein sozialdemokratisches Kabinett in Braunschweig. Berlin, 13. Dezember. (Eigenbericht.) In der ersten Sitzung des neu gewählten Landtages von Braunschweig wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Wesemeier zum Präsidenten gewählt. Dieser gab den Rücktritt der bisherigen Regierung bekannt. Morgen soll das neue sozialdemokratische Kabinett gewählt werden, das der frühere Minister Jasper zusammen mit dem Genossen Steinbrecher bildet.

Die Verordnung über die Gemeindenabgaben verfassungswidrig.

Genosse Taub verlangt die Vorlage an das Parlament.

Genosse Taub hat namens unserer Fraktion eine dringliche Interpellation an die Regierung gerichtet, in der er sich mit der kürzlich im Wirtschaftsausschuss von den Arbeitervertretern scharf bekämpften Regierungsverordnung über die Gemeindeabgaben befaßt.

Genosse Taub stellt zunächst fest, daß die Erlassung neuer Musterordnungen über die zulässigen Höchstgrenzen der Gemeindeabgaben im Verordnungswege

die schwersten verfassungswidrigen Bedenken hervorruft. Bisher waren diese Vorschriften tatsächlich nur Richtlinien, in deren Rahmen die Gemeindevertretungen die Abgaben nach freier Entscheidung, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gemeinden, festsetzen konnten. Nach dem Gesetz über die Regelung der Gemeindefinanzen können aber die Aufsichtsbehörden den Gemeinden künftighin die Einhebung bestimmter Abgaben imperativ vorschreiben. Da die Gemeindevoranschläge infolge der Umlagerung in der Regel passiv sein werden, werden die Aufsichtsbehörden gezwungen sein, die Gemeindeabgaben im Höchstausmaß vorzuschreiben.

Die geplanten Vorschriften werden daher nicht bloße Richtlinien, sondern in Wirklichkeit Steuergesetze sein, deren Erlassung im Verordnungswege der Verfassung widerspricht.

Außer formalen Gründen sprechen aber auch wichtige sachliche Gründe gegen die geplanten Abgaben, denn diese bedeuten

eine neuerliche furchtbare Belastung der besitzlosen Schichten.

Die Gebühren für die Ausübung der Veterinärpolizei werden zweifellos eine

Verteuerung des Fleisches

im Gefolge haben. Die Verteuerungsgelder belasten jeden Todesfall mindestens vierfach, was für die Besitzlosen eine unerträgliche und geradezu gefäßliche Belastung bedeutet.

Am furchtbarsten wird sich aber die Mietzinsabgabe auswirken,

deren Höchstfuß insgesamt 45 Prozent oder 90 Kronen von jedem Raum, einschließlich aller Nebenräume beträgt. Die ganze Bedeutung dieser Belastung läßt sich heute noch gar nicht abschätzen, weil die Regierung über ihre Absichten hinsichtlich des Mieterschutzes ein hartnäckiges Schweigen bewahrt.

Genosse Taub konstatiert abschließend, daß die endgültige Entscheidung über diese neue schwere Belastung der Bevölkerung nicht der Regierung überlassen bleiben darf, und verlangt daher,

daß die geplanten Vorschriften als Gesetzentwurf der Nationalversammlung vorgelegt werden, damit das Parlament hierzu Stellung nehmen könne.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag.

Braun, 11:15; Schallplattenkonzert 11:30; Rundfunkkonzert 11:45; Schallplattenkonzert 12:00; Mittagskonzert 12:15; Schallplattenkonzert 12:30; Schallplattenkonzert 12:45; Schallplattenkonzert 13:00; Schallplattenkonzert 13:15; Schallplattenkonzert 13:30; Schallplattenkonzert 13:45; Schallplattenkonzert 14:00; Schallplattenkonzert 14:15; Schallplattenkonzert 14:30; Schallplattenkonzert 14:45; Schallplattenkonzert 15:00; Schallplattenkonzert 15:15; Schallplattenkonzert 15:30; Schallplattenkonzert 15:45; Schallplattenkonzert 16:00; Schallplattenkonzert 16:15; Schallplattenkonzert 16:30; Schallplattenkonzert 16:45; Schallplattenkonzert 17:00; Schallplattenkonzert 17:15; Schallplattenkonzert 17:30; Schallplattenkonzert 17:45; Schallplattenkonzert 18:00; Schallplattenkonzert 18:15; Schallplattenkonzert 18:30; Schallplattenkonzert 18:45; Schallplattenkonzert 19:00; Schallplattenkonzert 19:15; Schallplattenkonzert 19:30; Schallplattenkonzert 19:45; Schallplattenkonzert 20:00; Schallplattenkonzert 20:15; Schallplattenkonzert 20:30; Schallplattenkonzert 20:45; Schallplattenkonzert 21:00; Schallplattenkonzert 21:15; Schallplattenkonzert 21:30; Schallplattenkonzert 21:45; Schallplattenkonzert 22:00; Schallplattenkonzert 22:15; Schallplattenkonzert 22:30; Schallplattenkonzert 22:45; Schallplattenkonzert 23:00; Schallplattenkonzert 23:15; Schallplattenkonzert 23:30; Schallplattenkonzert 23:45; Schallplattenkonzert 24:00.

und vom Erzberg in Oesterreich, 18.30; Körperpost, 18.45; Eberanto, 19.00; Französisch, 19.20; Englisch, 20.05; Vorlesung Kellers, „Lebensgefährten“ von Salter, 20.15; Abendkonzert, 20.30; Schallplattenkonzert, 20.45; Schallplattenkonzert, 21.00; Schallplattenkonzert, 21.15; Schallplattenkonzert, 21.30; Schallplattenkonzert, 21.45; Schallplattenkonzert, 22.00; Schallplattenkonzert, 22.15; Schallplattenkonzert, 22.30; Schallplattenkonzert, 22.45; Schallplattenkonzert, 23.00; Schallplattenkonzert, 23.15; Schallplattenkonzert, 23.30; Schallplattenkonzert, 23.45; Schallplattenkonzert, 24.00.

Deutschland.

Braunschweig. 12.30: Mittagskonzert, 11.05: Schallplattenkonzert, 11.15: Schallplattenkonzert, 11.30: Schallplattenkonzert, 11.45: Schallplattenkonzert, 12.00: Schallplattenkonzert, 12.15: Schallplattenkonzert, 12.30: Schallplattenkonzert, 12.45: Schallplattenkonzert, 13.00: Schallplattenkonzert, 13.15: Schallplattenkonzert, 13.30: Schallplattenkonzert, 13.45: Schallplattenkonzert, 14.00: Schallplattenkonzert, 14.15: Schallplattenkonzert, 14.30: Schallplattenkonzert, 14.45: Schallplattenkonzert, 15.00: Schallplattenkonzert, 15.15: Schallplattenkonzert, 15.30: Schallplattenkonzert, 15.45: Schallplattenkonzert, 16.00: Schallplattenkonzert, 16.15: Schallplattenkonzert, 16.30: Schallplattenkonzert, 16.45: Schallplattenkonzert, 17.00: Schallplattenkonzert, 17.15: Schallplattenkonzert, 17.30: Schallplattenkonzert, 17.45: Schallplattenkonzert, 18.00: Schallplattenkonzert, 18.15: Schallplattenkonzert, 18.30: Schallplattenkonzert, 18.45: Schallplattenkonzert, 19.00: Schallplattenkonzert, 19.15: Schallplattenkonzert, 19.30: Schallplattenkonzert, 19.45: Schallplattenkonzert, 20.00: Schallplattenkonzert, 20.15: Schallplattenkonzert, 20.30: Schallplattenkonzert, 20.45: Schallplattenkonzert, 21.00: Schallplattenkonzert, 21.15: Schallplattenkonzert, 21.30: Schallplattenkonzert, 21.45: Schallplattenkonzert, 22.00: Schallplattenkonzert, 22.15: Schallplattenkonzert, 22.30: Schallplattenkonzert, 22.45: Schallplattenkonzert, 23.00: Schallplattenkonzert, 23.15: Schallplattenkonzert, 23.30: Schallplattenkonzert, 23.45: Schallplattenkonzert, 24.00.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Bern.

Bern, 13. Dezember. Bei der Halberneuerung des Stadtrates von Bern, des Gemeindeparlaments der Schweizer Bundeshauptstadt, gewannen die Sozialdemokraten zwei Siege auf Kosten der Bürgerlichen. Sie haben damit die Hälfte der achtzig Ratsitze inne. Bei der Wahl des Gemeinderates der Stadt und der Gemeinde wurden die austretenden vier bürgerlichen und drei sozialdemokratischen Gemeinderäte wiedergewählt.

Das Recht auf Waldboden.

Unsere Abgeordneten Schweichart und Leibl stellten im Parlamente am 2. Dezember 1927 den motivierten Antrag auf Schaffung eines Gesetzes über die Bildung von Zweckverbänden der Gemeinden aus Anlaß der Erwerbung von Waldgrund nach dem Bodenzuteilungsgesetz. Der Antrag umfaßt 19 Paragraphen und hat den speziellen Zweck, den kleineren Gemeinden den Erwerb und die Bewirtschaftung von Waldboden zu erleichtern.

Gleichzeitig stellen die Genannten den Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 30. Jänner 1920, Nr. 81 (Zuteilungsgesetz), der das Saatsbodenamt zwingen würde, beschlagene Waldböden in erster Reihe den Gemeinden unter Ausschaltung tschechisch-nationalistischer Tendenzen zuzuteilen. Auch dieser Antrag ist entsprechend begründet.

Daraus ist zu ersehen, daß die sozialdemokratische Partei im Gegensatz zu bürgerlich-kapitalistischen Parteien, in erster Linie das Recht der Allgemeinheit auf Grund und Boden zu wahren sucht.

Die Abgeordneten Taub, Schweichart und Leibl stellten ferner gemäß Paragraph 22, Absatz 2, der Geschäftsordnung den Antrag: Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, zur Überprüfung der Durchführung der Bodenreform und der Bewahrung des Saatsbodenamtes einen 32gliedrigen Ausschuss einzusetzen. Möge das Schicksal dieses Antrages sein wie immer: den deutschen Regierungsparteien, die jetzt noch über die Praxis des Bodenamtes Klage erheben, ist Gelegenheit geboten, Farbe zu bekennen. Sie dürften sich allerdings auf die andere Seite der Barrikaden schlagen und den unangenehmen Antrag umbringen helfen.

Das Endergebnis der Wahlen auf den Eisenbahnen.

Die sozialdemokratische Gruppe ist der stärkste Block.

Samstag und Montag wurde das Stimmzettelbuch über die Wahlen bei den beiden Prager Direktionen beendet. Es landbieren folgende Gruppen: 1. Christlichsoziale, 2. Kommunisten, 3. Nationalsozialisten und nationaldemokratische Partei, 4. die sozialdemokratische Union, unser Verband und die Wählervereine, 5. die unter dem Namen „Narod“ zusammenschlossene Gruppe von tschechischen und slowakischen Merkantilisten, Faschisten, Mittelständlern und Werkführern.

Bei den Prager Direktionen ist das Endergebnis folgendes:

	1	2	3	4	5
Prag-Süd	64	4.804	10.352	5.955	1.953
Prag-Nord	82	3.576	9.118	10.162	1.897

Das Gesamtergebnis bei allen acht Direktionen gestaltet sich demnach folgendermaßen:

	1	2	3	4	5
1867	19.517	51.248	51.588	15.824	

Die erste Gruppe erhielt kein Mandat, die zweite Gruppe elf, die dritte 31 und zwei im Zentralauschuss, die vierte Gruppe 32 und zwei im Zentralauschuss und überdies eines im Schiedsgericht, die fünfte Gruppe sechs Mandate.

Die sozialdemokratische Gruppe ist also die stärkste. Die nationalsozialistische Lednota kam vom ersten auf den zweiten Platz, die kommunistische Liste verlor gegenüber den letzten Wahlen an 2000 Stimmen.

„Der sozialistische Kongress und unsere Gegner.“

In unserem gestrigen, den vorstehenden Titel führenden Leitartikel ist durch eine falsche Korrektur eine Verstümmelung des ersten Absatzes erfolgt, der dadurch den Sinn verlor. Wir drucken daher die betreffende Stelle hier nochmals ab. Sie lautet richtig:

„Erstrenlicher als die niedrigen, das proletarische Interesse ganz außer acht lassenden Schaffigkeiten der kommunistischen Presse ist die Verhöhnung und die Wut, welche die Grundlage der Betrachtungen der Regierungsblätter beider Nationen über den Kongress bildet. Daß die sozialistischen Arbeiter aller Nationen im Staate der Wille befehlt, alles aufzubieten, um die ideelle, taktische und organisatorische Zerissenheit der Arbeiterbewegung zu überwinden, daß der Augenblick nahe bevorsteht, da sich tschechische, deutsche, ungarische und polnische Sozialdemokraten auf einen Kongress zusammensetzen werden, um über die Gemeinamkeit der nächsten bevorstehenden Kämpfe Beschlüsse zu fassen, aber auch um den Grundstein zur dauernden Zusammenfassung des Proletariats im tschechoslowakischen Staate zu legen, das läßt sie erkennen, daß der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum um die Macht im Staate in ein entscheidendes Stadium zu treten beginnt und daß die Tage des Bürgerblocks, der wie ein tollwütiger Bulle gegen die sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse losstürmt, gezählt sind.“

Genossen und Genossinnen! Veräumet nicht, zwischen den 15. und 22. Dezember Eintrag in die Wählerlisten zu nehmen!

Wieder eine agrarische Misstrauens- undgebung gegen den Landbund.

Vertrauen für Mayer.

Für Sonntag hatte der Bund der Landwirte eine Mitgliederversammlung der Bezirksorganisation Falkenau nach Ragenstein eingeladen und entsandte als Referenten den Abgeordneten Fischer. Auf Einladung der Ragensteiner Landwirte erschien aber auch der Abgeordnete Mayer in der Versammlung, was Herrn Fischer und den Bezirksvertrauensmann veranlasste, die Versammlung, ehe sie noch begonnen hatte, fluchtartig und unter allgemeiner Heiterkeit zu verlassen. Den Bericht erstattete nun Mayer und sodann nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der sie dem Abgeordneten Mayer das Vertrauen, dem Bund der Landwirte aber das Misstrauen ausdrückte.

Die Kunst, vorbei zu reden.

Man muß es den tschechischen Politikern zugestehen, daß sie es vortrefflich verstehen, bei unangenehmen Anträgen — vorbei zu reden. Auch der Herr Präsident des Staatsbodenamtes Dr. Bozenisek rüft dieses Kunststück vortrefflich. Im Budgetausschuß hatte Abgeordneter Schweiß wegen einiger ungerechter Bodenzuteilungen Beschwerde erhoben und Auffklärung verlangt. Diese erfolgte auch, sogar in schriftlicher Form. Aber wie!

Er behauptete, daß einige Arbeiter, die bei der Schwarzenbergischen Meierei Ferbenz beschäftigt waren, Boden sowie ein kleines Häuschen zugeteilt erhielten. Das ist richtig, ebenso, daß diejenigen Arbeiter die durch das Bodenamt in Laun zur Disposition gestellt waren, weiter ihre Arbeit erhielten. Darum drehte er sich aber auch gar nicht, sondern um die am 26. Oktober in Ferbenz und am 5. November l. J. in Postelberg durch den Verteilungskommissar Jan Lisk aus Laun erfolgten Aufteilungen, weil diese nach rein politischen Grundsätzen vor sich gingen. Im „kleinen Landwirt“ wurde an der Hand genauer Daten haarscharf nachgewiesen, wie die „roten“ Bodenbewerber zugunsten der grünen und schwarzen zurückgesetzt wurden, obgleich jene viel bedürftiger waren und ein größeres Anrecht auf beschlagnahmten Grund hatten als diese. Nur ein ganz kleiner Bruchteil unserer Leute wurden berücksichtigt; den Löwenanteil bekamen die Nachläufer der Regierungensparteien. Gegen diese offensichtlich parteiische Aufteilung richtete sich die Beschwerde. In diesem Punkte war Herr Dr. Bozenisek ebenso schwerhörig wie im skandalösen Falle Eisenstein. Da schweigt er her nach. Bezüglich Ferbenz wird uns aus Postelberg noch mitgeteilt, daß bereits die Felder den Bewerbern ausgemessen wurden und noch bei der Vermessung sind jene Leute berücksichtigt worden, die bei der tschechisch-agrarischen Domovina und landbündlerischen „Heimstätte“ Helfer Helfer sind. Einen Maurer mit Namen Josef Soukup aus Ferbenz hat man sein zugesprochenes Feld weggenommen und dem tschechischen Domstar Ball in Ferbenz gegeben, der ohnedies schon gut berücksichtigt worden war. Es gibt wirklich keine Ursache zu Beschwerden, es herrscht allgemeine Zufriedenheit über die Bodenreform — sagt wenigstens Dr. Bozenisek. Wers glaubt, kriegt einen Lohr!

Derselbe Herr Dr. Bozenisek hatte im Senate den Mut, gegenüber den Anklagen Dr. Medingers u. a. folgenlos zu sagen:

Dr. Medinger hat auch gefragt, warum die heimischen Bodenwärter abgewiesen wurden und warum der Boden tschechischer Anwärter zugute kam. Das erklärt sich daraus, daß in der ersten Zeit der Bodenreform zumeist in jenen Gegenden, die Doktor Medinger im Sinne hat, eine heftige Agitation gegen die Bodenreform eintiefte, die als ein Raub, als eine ungesetzliche Tat angesehen wurde. Es ist nicht möglich, nicht nur bei uns es wäre auch in keinem anderen Staate möglich, daß ein städtisches Bedenamt nach solchen feindseligen Kundgebungen die Bewohner dieser Gegend hätte zwingen wollen, teilzunehmen an den Früchten der Bodenreform, die in solcher Weise kritisiert wurde.

Der gibt also Herr Dr. Bozenisek zu, daß die Bodenzuteilung eine gewollt parteiische war und heute noch ist. Wir wollen lediglich feststellen, daß die deutschen Sozialdemokraten und der Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Häusler sich prinzipiell für die Bodenreform ausgesprochen, trotzdem wurden unsere Anhänger bewußt zurückgesetzt. Herr Dr. Bozenisek redet auch hier an der unumstößlichen Tatsache vorbei, daß für ihn und seinesgleichen lediglich grobmaterielle tschechisch-nationalistische Motive bei der Durchführung der Bodenreform maßgebend sind.

Tages-Neuigkeiten.

Heine, ein sudetendeutscher Dichter, den sich die Arbeiter gut anschauen mögen!

Wir meinen natürlich nicht Heinrich Heine. Der war ja kein sudetendeutscher Dichter und gegen ihn einen warnenden Ton, wie er in obigem Titel zum Ausdruck kommt, würden die Arbeiter mit Recht unter leidenschaftlichem Protest zurückweisen. Wir meinen Herrn Erwin Heine, der ein Sudetendeutscher ist und ein Dichter zu sein sich einbildet. Er gehört dem deutsch-nationalen Schriftleitertum an und veröffentlichte in der letzten Sonntags-Unterhaltungsbeilage der „Bohemia“ ein Feuilleton, dessen Titel „Streik“ uns veranlasste, einmal der Muse Herrn Heines näherzutreten. Und siehe da, es lohnte sich.

Herr Heine beginnt mit einer Szene, in der die zum Streik entschlossenen Arbeiter eines Betriebes den Maschinenmeister als Verräter nieder-schreiben, weil er sich auf die Seite des Unternehmers stellt. Der Maschinenmeister, ehemals Klassenbewußt,

„hatte einsehen gelernt, daß es auch in dem naturgemachten Ringen des Dienenden mit dem Herrschenden Bereiche gibt, die nicht beschränkt werden dürfen, wenn nicht beide verderben wollen. Doch etwas war, von dem er bisher nichts gewußt, das er nicht anerkannt hatte, etwas, das ihn plötzlich Ekel empfinden ließ vor den Rasenden um ihn, die darauf brannten, den Sprung in den Abgrund zu tun.“

Also ein Selber. So recht geeignet, von einer deutsch-nationalen „Dichter“-Seele verherrlicht zu werden. Er ist der zweite Held der Erzählung. Der erste Held ist der Fabrikant selbst. Wie denn nicht? Der Maschinenmeister hatte nämlich

„erst staunend, dann im tiefsten Erdboden, gesehen, daß dieser Mensch ein Herz hatte, in dem mehr Leid und mehr Sorge brannten, als je in dem eines anderen Menschen, den er kannte, — daß dieser für reich und glücklich gehalten, dieser Herr über Arbeiter und Beamte, Häuser und Maschinen, ein Armer, ein Unglücklicher war, dessen Denken und Schaffen nur einen Sinn hatte: Das ererbte Gut zu erhalten, um seine Pflicht als Sohn und Enkel zu erfüllen, und — um den Familien, die von ihm abhingen, Arbeit und Brot zu geben.“

Armer Fabrikant, glückliche Arbeiter! Der Unternehmer hatte dem Maschinenmeister Einbild in den Stand des Unternehmens gewährt und der Maschinenmeister hat sich so überzeugen lassen, daß der Streik für die Arbeiter von Nachteil wäre, weil durch ihn der Weiterbetrieb der Fabrik überhaupt in Frage gestellt würde. „Der Fabrikant hatte ihn (den Maschinenmeister) bei der Hand gefaßt“ und ihm unter anderem erzählt:

„Ihr beneidet mich, ihr denkt, wer weiß wie glücklich und sorgenlos ich lebe. Denkt, daß die Bequemlichkeit und Schönheit, die um mich ist, euch gepostet, euer Wohl um weiß Gott wieviel bessern könnte. Wäre es so, — heute noch ließe ich es euch. Doch weil ich weiß, wie wenig dieser Luxus gegen das wiegt, was euch und mich sonst drückt, soll es bleiben, wie es ist und wie es war. Dieses Haus ist Bätergut. Ich bin nur sein Verwalter und Erhalter... Ich kann nicht, ich kann nicht, Leute! Verderbt euch, verderbt mich, — aber verlangt nicht, daß ich selbst Hand anlege an das, was mir als Letztes blieb!“

Aber die „Rasenden“ in ihrem „Tumel“ waren doch nicht von ihrer Meinung abzubringen, daß ihr Hunger durch die mit der kapitalistischen „Bequemlichkeit und Schönheit“ manchmal verbundenen Sorgen doch nicht aufgehoben würde und beschloffen den Streik. Der Maschinenmeister stürzt sofort zum Unternehmer, um ihn davon zu benachrichtigen. Der aber händigt ihm eine Empfehlungsschreiben an eine andere Firma ein und erschießt sich, weil er ein ruiniertes Mann ist. Der Maschinenmeister raufte sich vor Verzweiflung die Haare, ruft den Dienern, die herbeistürzen (und die sich der Fabrikant trotz seiner Rot halten konnte) zu, daß er, der Maschinenmeister, der „Mörder“ sei. Er meint das natürlich nicht direkt und die Diener finden das Empfehlungsschreiben, das Licht in die Sache bringt. Natürlich kann der Erbe nur seines Weges gehen, bricht aber auf der Treppe zusammen.

Es dürfte aber, sehen wir fort, nicht arg gewesen sein, der nächste Zug wird ihn wohl schon an seinen neuen Dienstort gebracht haben. Er braucht nicht zu feiern und zu hungern, aber dafür ist er auch sicher vor der Empörung der Arbeiterhaft.

Die Geschichte braucht wohl keinen umständlichen Kommentar: Herr Heine hat in einer „padenden“ Erzählung den Leuten der „Bohemia“ vor Augen geführt, wie niederträchtig doch die Gesinnung der Arbeiter ist, wie unmoralisch der Streik, wie arm und bedauernswert trotz allem

Luxus die Fabrikanten und schließlich, wie es doch zum Glück auch unter den Arbeitern prächtige Leute gibt, die es gegen die Kameraden mit dem Unternehmer halten und dafür auch entsprechend belohnt werden.

Für ein Unternehmerrblatt wie die „Bohemia“ sind natürlich solche Geschichten ein gestundenes Fressen und Herr Erwin Heine wird auf seine Rechnung kommen. Aber wir laden ihn ein, seine kleine Novelle (vielleicht hat er auch noch mehr dergleichen am Lager) einmal in einer Arbeiterversammlung vorzulesen! Da kann er seinen Mut zeigen, dieser Heine, bei dessen Nennung jener andere Heine sich im Grabe umdrehen müßte!

Rückkehr zur Vernunft?

Die Post hält den zweiten Weihnachtsfeiertag.

Die Post- und Telegraphendirektion gibt über den Postverkehr an den Weihnachtsfesten folgende Meldung aus:

Am 24. Dezember nachmittags werden die Amtsstunden im Postdienste um 13 Uhr beendet. Die Paketzustellung erfolgt wie gewöhnlich.

Am 26. Dezember wird wie an Sonntagen, am 6. Jänner 1928 wie an Feiertagen antizipiert; die Telegraphen- und Telefongebühren wie an Wochentagen.

Damit erscheint der zweite Weihnachtsfeiertag (der erste geht heuer ohnehin verloren, da er auf einen Sonntag fällt) wieder als Vollfeiertag anerkannt und das aller Vernunft- und den Rechten der Angefallenen hohnsprechende Feiertagsgesetz nach Gebühr übergangen. Hoffentlich ziehen alle Geschäftsunternehmen, deren Betrieb an die Amtsstunden der Post gebunden ist, aus der Tatsache, daß die Postämter von Samstag mittags bis Dienstag vormittags keine Briefe und Drucksachen befördern, die vernünftige und billige Folgerung, auch ihrerseits den 26. Dezember als Feiertag anzuerkennen. Die erdliche und notwendige Novellierung des unheimlichen Gesetzes würde dadurch in löblicher Weise gefördert werden.

Kulturhistorisches aus der Weihnachtszeit 1927. Gestern früh wollte sich der 26jährige Angestellte Wilhelm Prusa in dem Klosett eines Hauses in Prag erhängen. Er wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und gerettet. Prusa wollte nach seiner Angabe deshalb Selbstmord verüben, weil er keine Wohnung finden konnte.

Kommunistische „Bewegung“. In Wernigerode im Harz sind drei kommunistische Stadtoberordnete zur Sozialdemokratie übergetreten. In einer Erklärung begründen sie ihren Austritt aus der SPD, damit, daß in dieser Partei kein Platz für Leute sei, die den Interessen der gesamten Arbeiterklasse den Vorrang vor den reinen Parteierben einräumen. Die Wernigeroder Stadtoberordnetenversammlung setzt sich jetzt aus 16 bürokratischen und 11 sozialdemokratischen Vertretern zusammen: das 28. Mandat bleibt unbesetzt, weil kein kommunistischer Kandidat sich dem Befehl seiner Partei gebeugt und das Mandat niedergelegt hat, um sich erst dann der Sozialdemokratie anzuschließen.

Auf dem Wege zur „Einigung“. In einer von den ukrainischen nationalistischen Organisationen in Lemberg einberufenen Wählerversammlung, in welcher die Frage einer einheitlichen ukrainischen Front während der Neuwahlen ins Parlament besprochen wurde, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den ukrainischen Nationalisten und den Anhängern der Opposition aus der ukrainischen Bauernpartei und der Betruszewicz-Organisation. Die Polizei mußte einschreiten und die Versammlung auflösen. Etwa 20 Versammlungsteilnehmer mußten infolge erlittener Verletzung ins Krankenhaus geschafft werden.

Ein Naphtha-Raub erglückt. In Tiflis erlitt ein mit Naphtha beladener Zug sechs Waggons schweren zertrümmert und sechs Waggons beschädigt. Vom Zugpersonal wurden eine Person getötet und mehrere verletzt.

Eine Bombe im Kino. Das Lichtspieltheater „Parthenon“ in einer Vorstadt Chicagos ist durch eine Explosion teilweise zerstört worden, die von der Feuerwehrt einer Bombe zugeschrieben wurde. Das Theater war zur Zeit der Explosion leer.

Französisches Flugzeug abstürzt. Unweit von Bad Schwalbach im Taunus stürzte am Montag vormittags ein französisches Flugzeug ab. Der Führer war auf der Stelle tot, der Begleiter hatte sich mit Hilfe eines Fallschirms retten können, indem er rechtzeitig absprang.

Folgeschweres Autounglück. In der Nähe von Bordeaux ereignete sich am Sonntag vormittags ein schwerer Unfall. Ein von einem Kaufmann gesteuertes Auto fuhr gegen einen Mast einer Hochspannungsleitung. Der Mast fiel um, stürzte auf den Wagen und tötete einen der Insassen, der gleichzeitig mit dem elektrischen Strom in Verbindung kam. Aus der Umgebung eilten etwa zehn Personen zu Hilfe, um den Verletzten aus den Trüm-

mern zu bergen. Dabei kamen zwei gleichfalls mit der Hochspannungsleitung in Verbindung und wurden auf der Stelle getötet.

Drei Arbeiter getötet. Wie Amsterdamer Blätter berichten, ist Montag abends beim Bau einer Krananlage auf dem Hochseifenwerk Jmuiden ein 30 Meter hohes Gerüst eingestürzt, wobei drei auf dem Gerüst beschäftigte Arbeiter getötet wurden.

Neuer Seidendiebstahl in Berlin. Unbekannte Täter durchstimmten in der Nacht auf Dienstag in Charlottenburg in der Wilmersdorfer Straße neben einem Lichtspielhaus die Betondecke eines Kellers, durchbrachen den Fußboden, drangen in ein Konfektionsgeschäft ein und stahlen 195 Rollen Seide, für etwa 5000 RM. Spitzen und für etwa 10 000 RM Pelzwaren, im ganzen Waren um etwa 42 000 Reichsmark.

Einbruch im Berliner Zoo. Montags früh gegen 3 Uhr drangen drei maskierte Räuber in den Kassenraum des Wirtschaftsgebäudes im Zoologischen Garten in Berlin und überfielen mit vorgehaltenen Revolvern den Kassierer Heinz Kasten, der noch mit der Abrechnung des Silbernen Sonntags beschäftigt war. Zwei hielten den Neberräuber und völlig wehrlos im Schoß, der dritte entnahm dem offenstehenden Geldschrank 30 000 Mark. Alle drei entkamen unerkannt. Die Beute war verhältnismäßig groß, weil auch noch die Tageseinnahme des Samstags vorhanden war. An den Wochentagen wird das Geld nach der Abrechnung sofort in den Kassenraum zur Bank gebracht. Der überfallene Kassierer, der seit vielen Jahren den Dienst verrichtet, verständigte sofort die Kriminalpolizei, die kurz nach der Tat bereits mit ihren Ermittlungen einsetzte. Auf die Ergreifung der Täter hat sowohl der Pächter des Zoo wie der Polizeipräsident je 1000 Mark ausgesetzt, außerdem sind auf die Wiederbeschaffung des geraubten Geldes 2000 Mark angesetzt. Die Summe, die den Räubern in die Hände fiel, besteht aus 100, 50 und 10 Mark-Scheinen und außerdem aus einigen hundert Mark Silbergeld. Die Räuber hatten die Gelegenheit genau ausgenutzt und ihren Plan sehr gründlich vorbereitet. Sie stürzten sich auf den allein im Raum anwesenden Kassierer mit den Worten: „Seien Sie ruhig oder wir erschießen Sie“ und cianeten sich dann in kürzester Zeit das Geld an. Die Täter sind dann in dem benachbarten Tiergarten entkommen. In der gleichen Nacht starrten Einbrecher einem Seiden-Engrosgeschäft in der Leipzigerstraße in Berlin einen Besuch ab und erbeuteten dabei Seidenstoffe im Werte von nicht weniger als 60 000 Mark! Mit dieser Beute, die zu den größten gehört, die in diesem Jahre Dieben in die Hände fiel, sind die Räuber unerkannt entkommen.

Erwischte Ausreißer. Von fünf Zuchthausinsassen, die in der Nacht zum Sonntag aus ihrer gemeinsamen Zelle im Zuchthaus Sonnenburg ausgebrochen sind, konnten zwei am Montag vormittag wieder festgenommen werden. Sie wurden in der Nähe von Neudorf bei Reppen von einem Briefträger gefangen, der sofort die Landjäger verständigte. Ein Landjäger entdeckte sie in einem Walde und konnte sie festnehmen. Im Zuchthaus Sonnenburg befinden sich gegenwärtig etwa 450 Gefangene und 60 Aufsichtsbeamte.

Lohnraub im Verglischen Land. In Sommerich bei Lindlar im Regierungsbezirk Köln drangen sechs bis acht maskierte Räuber abends in das Lohnbüro einer Baufirma ein, hielten mit vorgehaltenen Revolver den Bauarbeiter und andere Angestellte in Schock und raubten rund 6000 Mark Lohngehälter. Mit dem Auto, mit dem die Räuber angekommen waren, flüchteten sie in der Richtung nach Köln.

Prager Verkehrsüb. Gestern vormittag fuhr über die Prager Palackbrücke der Dampfkraftwagen R-XI-119, der von dem 22jährigen Maschinenschlosser Anton Simel gelenkt wurde. In der Hälfte der Brücke wollte der Dampfkraftwagen einem in der gleichen Richtung fahrenden Leeren Kohlenwagen vorfahren, wobei Simel nach eigener Angabe plötzlich die Gewalt über den Wagen verlor. Der Kraftwagen machte eine Schwerkurve nach links und stieß mit voller Wucht in den Kohlenwagen hinein. Dieser wurde zur Seite und gegen das Brückengeländer geschleudert, das er in einer Breite von etwa sechs Metern zerstückte. Teile des Geländers fielen in die Moldau. Am Augenblicke des Zusammenstoßes ging die 43jährige Pensionistin Franziska Chval aus Smichow an der Unfallstelle vorüber. Der zur Seite geschleuderte Kohlenwagen rief sie zu Boden und prekte sie auch gegen das Geländer, so daß sie bewußtlos liegen blieb. Ein vorbeifahrendes Personenauto brachte die Verletzte sofort in die Klinik, wo man feststellte, daß sie Gelenkbrüche an beiden Beinen, einen linksseitigen Ellenbogenbruch und Querschnitten im Gesicht davongetragen hatte; die Verletzungen sind schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich. Der Verletzte des Kraftwagens blieb unverwundet, der Ausfahrer des Kohlenwagens, Anton Bradac aus Smichow, erlitt geringfügige Verletzungen.

Ein teurer Hund. Ein reicher Grundbesitzer in Hollywood hatte vor einiger Zeit den berühmten deutschen Schäferhund, der unter dem Namen "Peter der Große" in vielen Filmen mitgewirkt hatte, erschossen. Vom obersten Gerichtshof in Los Angeles wurde er jetzt zu 400000 Mark als Erlös des Wertes des Hundes und zu weiteren 100000 Mark als Schadenersatz verurteilt.

Als Würger erschossen. Im Forste Rothheim bei Liebenwerda wurde dieser Tage ein Wirt von einem Förster erschossen, nachdem er den Beamten mit dem Gewehr bedroht hatte. Erst nach vier Tagen wurde der Erschossene erkannt. Es handelte sich um den Musikdirektor Richard Drechsler aus Rixdorf in Sachsen, der das Opfer seiner Jagdleidenschaft geworden ist.

Drei Kinder mit Gas vergiftet. Als die Eheleute Müller in der Vestingstraße in Berlin-Neukölln in der Nacht von Sonntag zum Montag um 9 Uhr morgens von einem Vergifteten nach Hause kamen, fanden sie in der Küche ihrer Portierwohnung die drei Kinder mit Gas vergiftet auf. Der älteste Junge von sieben Jahren war noch am Leben, während ein dreijähriger Knabe und ein zweijähriges Mädchen bereits tot waren. Die Leitung des Gashebers war undicht geworden.

Ein Ruf der Not!

Genosse J. Thannhäuser schreibt uns: Nachstehende Zeilen sollen beitragen, der Lebensfähigkeit das rosigte Leben eines Arbeitervolkes zu sichern. Die Regierungsvoclage zum Schutze des heimischen Arbeitsmarktes ist dazu angetan, der Arbeiterschaft dieses Staates, insbesondere aber der sudetendeutschen Arbeiterschaft den Lebensnerv zu töten. Denn wird die Vorlage Gesetz, dann sind die Nachbarstaaten gezwungen, Schutzmaßnahmen zu treffen. Die deutsch-sudetendeutsche Arbeiterregierung überlegt, daß der größte Teil der Grenzbevölkerung in den angrenzenden Nachbarstaaten ihren Lebenserwerb bestrittet. Wie schwer und hart dieses Gesetz die ganze Bevölkerung treffen würde, soll nachstehendes Beispiel zeigen. Im äußersten Winkel Schlesiens, von drei Seiten von Deutschland umgrenzt, liegt die Gemeinde Weiskauer. Die Bewohner derselben sind mit weniger Ausnahmen Kleinlandwirte und Arbeiter. Diese waren bereits seit zwei Jahrhunderten fest in dem benachbarten Industriegebiet des Reichsteins (Deutschland) beschäftigt. Als jedoch im Jahre 1925 die dortigen Arsen-, Gold-, Berg- und Hüttenwerke von einer Abzweigung heimacht wurden, was eine fast reiflose Stilllegung der Betriebe mit sich brachte, wurde die hiesige Arbeiterschaft auch reiflos entlassen und damit auch arbeitslos. 70 Familien waren dem Elend preisgegeben. Bei uns weit und breit keine Industrie und die bestehende mit Arbeitskräften überfüllt. Die hiesige Arbeiterschaft durchwegs Familienväter, war nun gezwungen ihren Lebensunterhalt durch alle nur erdenkliche Arbeit zu fristen. Diese Lage wurde auch bald von den Arbeitgebern erkannt und nun wurde der Lohn gedrückt, so daß Löhne von 14-20 K als normal gelten. Und hier und da gelang es dem einen oder anderen Arbeiter, sich durch Akkordarbeit oder 10-12stündige Arbeitszeit einen höheren Lohn zu verdienen. Die wenigen Straßenbauern und Restaurationsarbeiten sind nun in erreichbarer Nähe bereits fertiggestellt und man sieht mit Bangen der Zukunft entgegen. Bereits erfolgte Interventionen der Gemeinde und der Vertreter der Sozialdemokratie blieben erfolglos, denn was kümmert sich ein Monopolenrommel oder die deutsch-sudetendeutsche Regierung um das Wohl? Sie sind ja damit beschäftigt, den Geldsack des Kapitals zu füllen, damit sich die Tröbner der Menschheit noch wecheln in das Luxus- und Schlemmerleben stürzen können auf der anderen Seite jedoch den letzten Tropfen Blut und Mark aus den Knochen der Proletarier zu pressen. Das Gesetz vom 19. Juli 1921 (Arbeitslosenunterstützung) trägt das Nötige dazu bei, der notleidenden Arbeiterschaft den Todesstoß zu verleihen. Die Arbeits-

losigkeit beginnt im November, endet im günstigsten Falle im April, dauert also sechs Monate. Drei Monate gibt man Unterstützung und drei Monate lebt man von der Luft, die leider noch nicht abgeteilt werden kann. Wir seien der Regierung, den Vorgesetzten nicht zu straffen zu spannen, denn einmal muß das Volk's Jörn zum Ausbruch kommen und wird Rechenschaft verlangen. Der Arbeiterschaft dieses Staates wäre jedoch zu raten, alles was die Einheit des Proletariats hemmen oder verhindern kann, aus dem Wege zu schaffen, insbesondere aber den „Freunden“ von Links das Handwerk legen zu helfen, denn ohne ihr verheerendes Wirken wäre es nicht möglich gewesen, nur die Sozialdemokratie wird imstande sein, dem notleidenden Proletariat Hilfe zu bringen.

Gerichtssaal.

Die „Moravsko-Slezká“ in letzter Instanz.

Das Urteil gegen Kacirek bestätigt. — Anblick freigesprochen.

Brünn, 13. Dezember. Das Oberste Gericht fällt heute als letzte Instanz das Urteil in Angelegenheit des Konkurses der Mährisch-schlesischen Bank. Die Nichtigkeitsbeschwerde des ehemaligen Oberdirektors Ed. Kacirek, welcher vom Straflandgericht wegen des Vergehens der fahrlässigen Kränkung zu 15 Monaten Kerker verurteilt worden war, wurde vom Obersten Gerichte in allen Punkten abgewiesen. Die Nichtigkeitsbeschwerde Franz Kubicek's wurde besonders hinsichtlich der Verjährung stattgegeben. Das Oberste Gericht hob das Urteil erster Instanz auf und sprach Kubicek frei. Die Strafe Josef Japoton's wurde von fünf Monaten auf vier Monate und 14 Tage unter Aufrechterhaltung aller Strafverfügungen herabgesetzt. Ueber die Bedingtheit dieser Strafe wird die erste Instanz entscheiden. Ueber die Berufung Kacirek's gegen das Strafausmaß wird das Oberste Gericht in einer öffentlichen Beratung eine Entscheidung treffen.

Bestialischer Gattenmord.

Vor dem Schwurgericht in Krems (Niederösterreich) wird gegenwärtig der Prozeß gegen einen Gattenmörder verhandelt, der in unglücklich bestialischer Weise seine Lebensgefährtin getötet hat. Thomas Esterreicher lebte mit einer kleinen Häuslerin Nedl, die ein zehnjähriges Kind hat, im Konkubinat. Er wollte, daß die Nedl ihren Besitz auf ihn überschreiben lasse. So sie sich weigerte, bedrohte er sie öfter und es kam zu Streitigkeiten zwischen den beiden. Am 12. Mai kam der Angeklagte heim, als Mutter und Kind bereits schliefen. Er behauptet nun, es sei zwischen ihm und der Nedl ein Streit ausgebrochen, weil er sie beschimpft habe, als sie zu ihm ins Bett wollte. „Sau“ habe er ihr zugerufen, worauf sie angeblich mit einem Messer nach ihm stieß, aber nur die Decke traf. Dann habe sie sich aus Jörn aufgehängt. Er sei zu aufgebracht gewesen, um sie aus der Zehlinge zu befreien und habe das Haus verlassen.

Ein Dorfwohner ging um die Zeit, da der Mord sich zutrug, an dem Hause vorbei, sah auf das Geschrei hin durch die Tür und bemerkte, daß der Esterreicher die Nedl an einer Halsklinge durch die Stube schleifte. Er sei aber, da es doch ein fremdes Haus war (!), weggegangen und erst später habe er gesprochen, um sein Gewissen zu beruhigen.

Das zehnjährige Kind, ein Mädchen, erzählt meidend, daß die Mutter sie zu Hilfe gerufen habe und dann, als sie in die Stube kam, bereits in der Zehlinge hing. Das Kind hat den Esterreicher, die Mutter aus der Zehlinge zu heben oder den Zirkel abzuschneiden, er weigerte sich aber und führte das Mädchen schließlich mit weg.

Wissen Sie, was einerlei ist?



Ob man Spiegelglas durch Sand zerkratzt oder die Zähne durch Mittel bearbeitet, die scharfe Kristalle oder körnige Teilchen enthalten. Ob man die Hand ins Feuer legt oder durch scharfe „antiseptische“ Chemikalien die Schleimhäute des Mundes angreift. Ob man als Einzelt oder in-Mundgeruch von den Menschen gemieden wird. Ob man sein Geld zum Fenster hinauswirft oder anstatt einer Tube schäumender Zahncreme für die gleiche Zeit zwei Tuben nicht schäumender Zahncreme anschafft.



Wenn Ihnen das nicht einerlei ist,

verwenden Sie nur das atomfeine, zahnsteinlösende, die Zähne weiß und gesund erhaltende Mittel, dessen reinigender, wohlriechender Schaum dem Atem dauernd einen angenehmen Duft verleiht und das im Gebrauch am billigsten ist. Seit 40 Jahren ist deshalb in aller Munde:



Die bestialische Tat und das sonderbare Verhalten des Zeugen, der den Mord geschehen ließ, ergaben ein furchtbares Szenenbild aus den ländlichen, überwiegend kirchlichen Gebieten Österreichs. Beschuldigung nach dem kleinsten Stückchen Land, verurteilt oft durch die bittere Not des laubarmen Kleinbauern, durch jahrzehntelangen Uebergenuß von Alkohol geerbte jähwichtige und rohe Temperamente, Hartnäckigkeit, die kirchliche Erziehung verflucht hat, sind die tieferen Ursachen dieser in den Alpenländern immer wiederkehrenden Verbrechen.

Das Marx-Urteil für nichtig erklärt. Der österreichische Oberste Gerichtshof hat der Nichtigkeitsbeschwerde des Staatsanwalts im Marx-Prozeß stattgegeben. Der Prozeß wird also wiederholt werden. Das Marx-Urteil entsprach durchaus den Rechtsanschauungen des Volkes, das sowohl den „wissenschaftlichen“ Gutachten misstraut, als auch der Ansicht war, daß die Schädigung einer reichen Gesellschaft leichter wiegen muß, als die eventuelle Bestrafung eines Unschuldigen. Marx's Vertrag mit der Gesellschaft ist übrigens für alle Fälle gültig.

Boltswirtschaft.

Der tschechoslowakische Außenhandel.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht jeben die Ziffern über den tschechoslowakischen Außenhandel in der Periode Jänner bis November 1927. Danach betrug die Gesamteinfuhr 17.767.294.000 Kronen, die Gesamtausfuhr 15.550.138.000 K. Unsere Handelsbilanz war also in dieser Zeit mit 2.217.156.000 K aktiv. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Ausfuhr 15.898.093.000 K, die Einfuhr 13.649.308.000, das Aktivum der Handelsbilanz betrug demnach 2.248.785.000 K. Danach sind also entsprechend der Konjunktur im Jahre 1927 sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr gestiegen, die Aktivität der Handelsbilanz ist fast unverändert.

Fortschritte der Gemeinwirtschaft in Kanada.

Wie in einem aufschlußreichen Aufsatz im „Economist“ ausgeführt wird, ist Kanada unter sämtlichen Ländern des britischen Reichs, auch Australien nicht ausgenommen, das Land, wo die öffentliche Hand am weitgehendsten an dem Besitz und an der Verwaltung wichtiger Unternehmungen beteiligt ist. Das größte Eisenbahnnetz der Welt, das unter der Leitung einer Zentrale steht, befindet sich im Besitz des kanadischen Staates; in diesem Jahr soll es durch Ausbau großer Zweiglinien erheblich erweitert werden. Das größte elektrische Kraftwerk der Welt, das an dem kanadischen Teil des Niagaraflusses errichtet wurde und die Provinz Ontario mit Licht Wärme und Kraft zu versorgen, die unter der Herrschaft des Privatkapitals nie möglich gewesen wären, versorgt — ist eine staatliche Unternehmung. Der amerikanische Senator Morris erklärte kürzlich: „Die kanadischen staatlichen Elektrizitätswerke stehen nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent, sondern in der ganzen zivilisierten Welt überhaupt einzig da.“ Die Handelsflotte Kanadas befindet sich bekanntlich seit dem Kriege in staatlichem Besitz. Man beschreibe eine Verlustwirtschaft auf Kosten der Steuerzahler. Zu Anfang gab es in der Tat Schwierigkeiten, doch haben sich mit der Zeit fähige Leiter und Verwalter des Flottendienstes herangebildet. Auch die Luftflotte soll unter staatlicher Leitung geführt werden. Staatliche Luftfahrzeuge besorgen einen umfangreichen Passagiertransportdienst und schützen die Fortbestände. Auch in der Filmindustrie hat der Staat Fuß gefaßt. In diesem Jahre wird das staatliche Filmgroßunternehmen bereits erhebliche Gewinne abwerfen. Es besteht die Möglichkeit, daß der Staat auch die Kontrolle über den Kohlenbergbau in absehbarer Zeit übernehmen wird.

andere Ende an einer mit beruhtem Papier überspannten Trommel schleifte, die innerhalb acht Tagen genau eine Umdrehung vollendete. Auf diese Weise wurden die Wirtbewegungen auf dem Aufpapier festgehalten.

Als Versuchssubjekte dienten Tulpen und Krokusblüten, sowie die Blätter der Gartenbohne. Die alle deutlich Schlafbewegungen erkennen lassen. Burden nun die Tulpen und die Krokusblüten sowie die Blätter verschiedener anderer Pflanzen dauernder künstlicher Belichtung ausgesetzt oder in dauernder Dunkelheit gehalten oder schließlich einem künstlichen Lichtwechsel ausgesetzt, der in seinen Perioden nicht mit dem natürlichen übereinstimmte, so zeigten sich keine Bewegungen feststellen. Mit Recht darf also hier der Wechsel von Tag und Nacht als die verantwortliche Ursache der Schlafbewegungen gelten. Böhm abweichend hiervon verhielten sich aber die Schlafbewegungen der Gartenbohne, bei denen nachgewiesen werden konnte, daß sie gar nicht von Licht- und Temperaturwechsel abhängig sind. Wurde nämlich das Gelenk des Verbindungsgliedes durch eine Hülle schwarzer Watte verdeckt und damit eigentlich die Aufnahme der von der Aufspannung kommenden Reize verhindert, dabei aber die Pflanze bei dauernder Belichtung und in vollständiger gleichmäßiger Temperatur gehalten, so traten dennoch die typischen Schlafbewegungen auf. Ein Mitarbeiter Pfeffer's, R. Zioppel, konnte außerdem auch in anderen Dünkelheit Schlafbewegungen der Gartenbohne nachweisen, falls die Pflanze schon von der Reimung an im verfinsterten Räume erhalten wurde. Ein völlig befriedigender Erklärungsversuch für die letztere Art der Schlafbewegungen liegt allerdings noch nicht vor. Wahrscheinlich handelt es sich, wie so oft bei physiologischen Fragen, um einen uns zunächst noch unbekanntem Faktor, der regulierend in das Getriebe des lebenden pflanzlichen Organismus eingreift.

Kleine Chronik.

Charlie Epstein!

Anekdoten von einst und jetzt. Hasenclever begegnen eines Tages dem Schriftstellersen Hobritamensohn Z. Im Verlauf der kurzen Unterhaltung sagt Hasenclever: — Ich schreibe keine Zeile honorarlos — Ich schreibe nur um des Ruhmes willen, ungegnete Z. — Na ja, jeder ist auf das aus, was ihm fehlt. Aristoteles war wegen seiner scharfen und lakonischen Antworten die er Aufdringlichen gab, bekannt. — Ich habe dich sicher gelangweilt — sagte einer von ihnen, und schloß eine ausgedehnte Aeußerung. — Keineswegs — beruhigte ihn der Philosoph — ich hörte gar nicht zu. D. Leo Roszella. Vom Schlaf der Pflanzen. Von Dozent Ewald Schild. Von den vielen biologischen interessantesten Tatsachen denen wir im Leben der Pflanzen begegnen ist der Pflanzenschlaf mit in erster Linie zu nennen.

Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Oktober.

Wie das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, betrug die Zahl der von den Arbeitsvermittlungsbüros nicht untergebrachten Bewerber Ende Oktober 1927 35.767, was gegen den Monat vorher, da die Zahl 37.634 betrug, einen Rückgang bedeutet. Die Anzahl der durch Vermittlung der Gewerkschaftsorganisationen Unterstützten betrug Ende Oktober 8.677 Personen, also nicht einmal ein Viertel der Arbeitslosen.

Bereinsnachrichten.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein, Prag.
Ausschussung. Heute, Mittwoch, den 14. Dezember, 7 Uhr abends, im „Sozialdemokrat“ mit wichtiger Tagesordnung.
Mitglieder-Versammlung. Freitag, den 16. Dezember, 8 Uhr abends, im „Lidovský dům“ mit Vortrag unseres Mitgliedes Dr. Sampa über Gesundheitspflege.

Vorträge.

Er lächelt
oder
Harry Liebke und Maria Paudler in Prag.

Die Menschen wollen Untertanen sein. Einstmals beugten sie ihre Knie vor forsch aufstrebenden Schmirkelartigen, heute tun sie es vor einem zum Mische erstarren Lächeln. So war es nur natürlich, daß Harry Liebke, der es gewiß versteht, österreichische Offiziersgestalten mit all ihrer lebenswürdigen Geisteslosigkeit und ihrem mehr oder minder harmlosen und brutalen Hochaufstumpfen im Film darzustellen, vom Prager Kinopublikum begeistert empfangen wurde. Hunderte hatten der Gnade, einen Schimmer vom Gesicht ihres Lieblings zu erhaschen und füllten am 12. d. den Lucernaal. Er kam und lächelte. In einer launig sein tollenden Ansprache bekannte er, der man registrieren sollte: „Ich war immer ein unmöglicher Sprecher.“ Um diese Behauptung zu beweisen, las er Gedichte von Rainer Maria Rilke. Wir können mit ruhigem Gewissen behaupten, daß er nicht übertrieben hat: er ist wirklich ein unmöglicher Sprecher. Nicht nur Rilke, auch die Gedichte von Neruda, Starnel und Villancor gingen vollständig verloren. Aber wir wollen gerecht sein: Liebke ist ein Opfer seines Berufes. Achtundneunzig Prozent der Besucher wollten nicht Rezitationen hören, sondern ihn lächeln sehen. Das Rezitieren wirkte deshalb als langweilige Unterbrechung seines Lächelns. Warum haben die Veranstalter Liebke nicht vom Film erzählen lassen oder — noch besser — warum haben sie nicht ein exquisites Dinner serviert, bei dem er auch seine Zähne zeigen und einige Bonmots hätte anbringen können? Das hätte vollständig genügt und Rilke, Neruda, Starnel und Villancor wären verabschiedet! — Entschuldigend und verführend wirkte Maria Paudler, die wir von ihrer Wirksamkeit am Prager Stadttheater her kennen und die in Berlin eine erfolgreiche und verdiente Karriere gemacht hat. Neben ihrer sympathischen äußeren Erscheinung bringt sie ein großes Können mit. Maria Paudler sprach Gedichte von Pantane und Wegina und mehr oder minder gut empfundene Stammbuchverse von — Harry Liebke. Besonders glücklich lagen ihr die herzlichen Kindergedichte, mit denen sie ihren Vortrag beendete und die ihr Gelegenheit gaben, neben ihrer Sprachbeherrschung auch kleine Proben ihres schauspielerischen Talents zu zeigen. Von Maria Paudler (sie ist in Altsada; bei Leschen behimatet) werden wir gewiß noch viel Gutes hören. — Zum Schluß gab es noch einige widerliche Szenen, als junge und alte Badische und Antogrammängerinnen das Podium bestiegen. Nur durch ein starkes Polizeingebot konnten sie davon zurückgehalten werden, ihren Sympathien für Harry Liebke tatsächlichen Ausdruck zu verleihen. G. P.

Mitteilung aus dem Publikum.

Große Theaterrede „Winternachtsstraum“ am 18. Jänner 1928 im Lucernaal zugunsten der pensionierten Künstler des Deutschen Landestheaters (Zolijten Pension). 5140

Kunst und Wissen.

Heinrich Rietsch gestorben.

Am Montag abends starb nach kurzer Krankheit im Alter von 67 Jahren der Prager deutsche Tonbildner, Musikgelehrte und derzeitige Rektor der deutschen Universität, Professor Dr. Heinrich Rietsch.

Heinrich Rietsch, der am 22. September 1860 zu Falkenau an der Eger geboren wurde und anfangs durch Selbstunterricht seine musikalischen Kenntnisse erwarb, stand als Musikgelehrter in den allerersten Reihen der um die moderne Musikwissenschaft verdienten Forscher. Männer wie Hanslik und Guido Adler als musikwissenschaftliche Bildner und Aron, Rob Fuchs und Randhejewski als Kompositionslehrer wählten des jungen musikbegeisterten Universitätslehrenden Tolent wohl in der denkbar besten Weise zu fördern. Seine tiefgründigen musikwissenschaftlichen Studien führten denn auch, nachdem er den Doktorhut (Rietsch studierte Jura) erworben hatte, im Jahre 1895 zu seiner Habilitation als Privatdozent der Musikwissenschaft an der Wiener Universität, welche Stellung er jedoch schon im Jahre 1900 verließ, um die Lehrkanzel der Musikwissenschaft an der Deutschen Universität in Prag zu übernehmen.

Der Dondichter Rietsch, der als Vertreter der konservativen Musikrichtung anzusehen ist, zeichnete sich durch abgeklärte Meisterschaft im Technischen und geistreiche Vornehmheit des Ausdrucks aus; der mitunter herbe und hartenparende Ton seiner Musik ist schuld daran, daß Rietsch' Tonhöpungen nicht jene Verbreitung fanden, auf die sie nach ihrem hohen musikalischen Werte Anspruch hatten. Die größte Beachtung fand Rietsch als Volkskomponist; seine Chöre und Lieder bieten in ihrer gediegene Sogweise und prächtigen musikalischen Deklamation ebenso dem laudigen Musiker Genüsse, wie sie andererseits durch schöne melodische Linien und klängevolle Harmonien auch das Ohr des Laien erfreuen. Rietsch' Lieder und Chöre wurden auch in den Prager Konzertsälen wiederholt gehört. Rietsch hat sich übrigens auf fast allen Gebieten der schaffenden Tonkunst betätigt. 3 Opern, die unaufgeführt blieben, und zwei Sersonaden für großes Orchester sind aus seiner musikalischen Werkstatt hervorgegangen; desgleichen zwei Streichquartette und ein Klavier-Quintett. Bedeutenden künstlerischen Wert haben auch die zahlreichen Klavierkompositionen Rietsch's, deren dankbarer und effektvoller Klavierjag auch überall den ausgezeichneten Pianisten Rietsch offenbart; die allerletzten derselben, ein „Scherzo“ und eine „Rhapsodie“ sind erst vor wenigen Monaten in einem Leipziger Verlage erschienen.

Unter den musikwissenschaftlichen Arbeiten Rietsch's sind die bekanntesten: das umfangreiche Werk „Die Tonkunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ sowie die Forschungsarbeiten „Die deutsche Liedweise“ und „Die Mondsee-Wiener Liederhandschrift und der Wönd von Salzburg“.

Rietsch's führende Stellung unter den deutschen Musikern Prags kam auch darin zum Ausdruck, daß er an der Spitze fast aller Musikkörperchaften stand; so war er Präsident der deutschen Musikakademie und des deutschen Kammermusikvereins, Vorstand der Musiksektion des „Bereines zur Förderung deutscher Kunst und Wissenschaft in Böhmen“ etc.

Außerordentlich sind schließlich die musikalischen Verdienste Rietsch's; unter seinen zahlreichen Schülern sind etliche, die selbst bereits einen klangvollen Namen in musikwissenschaftlichen Kreisen besitzen. G. P.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Mittwoch (58-2), 7 Uhr: „Fra Diavolo.“
Donnerstag (59-3), 7 Uhr: „Gräfin Mariza“ (Cordy Klotzsch). Freitag (60-1), 7 1/2 Uhr: „Der Sibirerpelz.“ Samstag, 7 Uhr: „Trill-Trall.“ Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: „Olliv-Polliv“; 7 1/2 Uhr (63-3): „Hollstaff.“ Montag (61-2): „Die Zirkusprinzessin.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: „Der Gezer.“ Donnerstag: „Stella“ Freitag: „Die schöne Frau Chateaufain“ Samstag: „Olliv-Polliv.“ Sonntag, 8 Uhr: „Die Opunzie.“ 7 1/2 Uhr: „Der Gezer.“ Montag: „Die schöne Chateaufain.“

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Heute, Mittwoch, um 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter Generalversammlung. Wir erlauben um bestimmtes und pünktliches Kommen.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband.

Für den zweiten Bundes Winterporttag in Eibswald am 21. und 22. Jänner 1928 gibt sich ein reges Interesse kund. Es werden wiederum die besten Sportler starten. Neben Mannschaftensläufen Langläufen u. dgl. wird auch die Befegung des Hauptkampfes wieder eine sehr gute sein.

Die Arbeiter sollen sich dieses herrliche Schauspiel nicht entgehen lassen. Alle sind sie herzlich eingeladen.

Der Bundesvorstand

Du Volk in der Tiefe —

In der „Leipziger Volkszeitung“ behandelt Rank den Empfang des deutschen Schwergewichtmeisters im Boxen am Vorabend des Boxkampfes Diener-Breitenstraeter in Leipzig, den Diener durch knock out in der 5. Runde gewann. Diefelbe Geisteslosigkeit zeichnet auch hierzulande das bürgerliche Sportpublikum aus.

Am 10. Dezember 1927, 20 Uhr, am Hauptbahnhof.

Eine Menschenmenge strömt die Treppe zur Empfangshalle herob. Einige Schauspieler versuchen, den Anäuel zu lösen. Doch die Menge ist begeistert und das Beginnen der Ordnungsbüher deswegen nicht gerade energisch und erfolgreich.

„Was ist los?“ fragt man erkostmt.

„Diener kommt!“

Die Menschen drängen zusammen, und da kommt er: Getragen von der lobenden Menge.

„Heil Diener!“ „Heil, Heil!“ „Hoch!“

Und so tragen und schieben sie ihn auf den Vorplatz. Immer mehr Leute kommen hinzu. Die begeisterte Sportgemeinde lobt und drüllt.

„Hoch Franz, hoch Diener!“

Unter diesen Rufen wälzt sich der Haufen nach dem Stadttinnern zu.

Ein kurzes, aber um so bezeichnenderes Schauspiel war es. Man juchzt ihm zu: Warum? Er leistet etwas, sagt der eine und der andere: Er ist ein „Held“.

Ich sah ihn vor mir: Unsympathisch der Gesichtsausdruck. Von Geist konnte ich keine Spur entdecken. Doch Geist ist nicht notwendig, man will für seine 15 Mark etwas sehen. Blut muß fließen und das Volk lobt und juchzt. Wenn der „Kompl“ vorbei ist, haben die beiden Kämpfer soviel „verdient“ wie du in einem ganzen Jahre.

Aber die Masse zahlt es gern. Die Zuschauer

haben wieder einmal richtig brüllen dürfen, ohne deshalb wegen groben Unflugs bestraft werden zu können. Und — Kramel hat es gegeben.

„Du Volk in der Tiefe —
Du Volk in der Nacht!“

DSB. Dresden gegen Dresden-Löbau 1:2 (1:1). Nach Verlauf der regulären Bezirksmeisterschaftsrunde standen beide Mannschaften punktgleich. Nun ist DSB im Entscheidungsspiel unterlegen und jede Aussicht auf die nächstjährige Bundesmeisterschaft ist für ihn dahin. Das entscheidende Treffen vollzog sich in sehr sportlicher Form und war ein technisch hochstehender Kampf zweier gleichwertiger Mannschaften. Die anfängliche Überlegenheit des Bundesmeisters wurde bald durch die gute Form Löbaus ausgeglichen. Beide Torleute bekamen reichlich Arbeit. Bis eine Viertelstunde vor Schluß hieß es noch 1:1. Ein Eckball für Löbau brachte die entscheidende Wendung. In den Schlussminuten fiel das dritte Tor für Löbau. Der Bundesmeister zeigte ein flegelhaftes Spiel, das jedoch dem famosen Endpunkt der Löbauer nicht erwachsen war.

Giebtwein-Wanderpreis 1927. Der Sieger von den Giebtwein-Bundeswonderpreis des Oesterreichischen Arbeiter-Athletenbundes ist die Mannschaft der Straßener Bahner (Wien) mit einer Leistung von 1779,75 Kilogramm. Den zweiten Platz gewann Sultan mit 1620,50 Kilogramm den dritten Platz Bundesbahn-Löbau mit 1585,50 Kilogramm belegen.

Die bevorstehenden Bundeswettkämpfe der österreichischen Arbeiterathleten. Der Arbeiter-Athletenbund Oesterreich hat seine Bundeswettkämpfe des Jahres 1928 wie folgt angesetzt: 12. Jänner: Junioren- und Senioren-Meisterschaft im Stemmen; 29. April: Bundesmeisterschaft im Einzelsprung im Ringen; 3. und 10. Juni: Bundesmeisterschaft im Mannschaftsspringen im Stemmen; 11. und 12. November: Giebtwein-Bundeswonderpreis — Außerdem finden noch in allen Kreisen des Arbeiter-Athletenbundes Kreiswettkämpfe statt.

Arbeiter-Tischtennisport. Der Wiener Arbeiter-Tennisverein hat seine Spielzeit auf den Tennisplätzen geschlossen und führt jetzt in seinem Vereinsheim Tischtennisabende durch.

Herausgeber: Dr. Ludwig Cz. h.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Die Druck-Veranstaltungsgesellschaft in Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.
Die Zeitungsmarktfremden wurden von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Erlaub. Nr. 127 451 VII/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.

Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie Buchbinderi, neueste Satz- und Glättmaschinen mit einer Leistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen Fernsprecher Nr. 271 Postsparkassa Nr. 127 863.

Kinderrepublik Seelamp.

„Vorwärts, es wird geh'n, wenn wir zusammenstehen“, dieser Schlußsatz des Kampfliedes, das alle Bewohner der Kinderrepublik mit heller Begeisterung sangen, wurde zur Tatsache. Wie groß auch die Schwierigkeiten waren, die dem Erscheinen dieser ersten Kinderrepublik der Welt entgegenstanden, sie wurden überwunden. Der beinahe utopische Versuch ist Wirklichkeit geworden zur großen Freude unserer Klasse.

Alle Gutsbesitzer an der Ostküste von Lübeck bis nach Hensburg herauf antworteten auf die Frage: „Dürfen wir auf deine in Lande ein Zeltlager bauen?“ mit einem glatten „Nein“. Mit zäher Geduld, die unseren Kieler Genossen eigen ist, gelang es, das der Stadt Kiel gehörende Gut Seelamp zu bekommen. Die Mehrheit des Kieler Stadtrates ließ sich davon überzeugen, daß die Kinderfreunde und Kieler Falls freiwillig Disziplin halten und durch ihr gutes Verhalten auch die Andersdenkenden für sich gewinnen werden. Nun, da das Zeltlager abgebrochen, die Jungen und Mädchen in ihre Wohnstätten zurückgekehrt sind, wird es wohl kaum einen im Kieler Stadtrat geben, der sagen könnte, die Kinderfreunde und Kieler Falls hätten nicht Wort gehalten. Die Kieler Arbeiter behielten recht, als sie erklärten, daß man sich auf das Wort dieser jungen Republikaner verlassen kann. Mit Stolz können sie allen unseren Gegnern zurufen: „Zeiget uns doch aus euren Reihen etwas, was der Kinderrepublik Seelamp gleicht.“

Wohin man auch sah, überall mußte man feststellen, hier ist eine

prächtige Organisation

vorhanden. Von Mut und starker Begeisterung zeugt die Schaffung der für dieses Lager notwendigen Voraussetzungen. Eine Wasserleitung wurde gelegt, drei große Kochkessel wurden eingebaut und vier Gulaschkanonen beschafft. Die Gutschänke wurde in eine Vorratskammer verwandelt, Telefon und selbst Lautsprecher fehlten nicht. Im Lager und an der Zivandoppel wurden Klostertanlagens geschaffen. 149 Zelte, dazu ein großes Leszelt, Sanitätszelt, Zelle für die Wachen, für Säuberer und Schneider, für die Post und Geschäftsführung bereitstellen, ist gewiß keine leichte Aufgabe gewesen. Von besonderer Bedeutung war die Sicherstellung der Verpflegung für die 2300 Bewohner der Kinderrepublik. Der Kieler Konsumverein übernahm diese Aufgabe und täglich führten mehrere Autos von Kiel nach Seelamp. Für den Empfang der aus allen Teilen Deutschlands ankommenden Kinder und Helfer mußten Vorkehrungen getroffen werden, denn nicht jeglich konnten sie ins Lager marschieren. Ab Kiel wurden Dampfer bereitgestellt, die nach einer Stunde nach dem Ziel, Friedrichs-ort, erreichten. Eine eigene Zeitung, die „Zeltlagerzeitung“, wurde herausgegeben. Was in den sieben Nummern dieser Zeitung enthalten ist, ist nicht allein interessant, es ist für die kleinen und großen Proletarier beachtenswerter Stoff. An die Schaffung eines Films wurde gedacht und nicht allzuviel Zeit wird vergehen und in allen Gebieten wird auf der weißen Leinwand dem Zuschauer teilweiser Einblick in das Leben in der Kinderrepublik geboten werden. Auf diese Weise wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum Bewußtsein gebracht, was dieser jüngste Teil unserer Bewegung für uns bedeutet.

Das diese Kinderrepublik charakterisierende Merkmal ist die

Selbstverwaltung.

Jede Zeltgemeinschaft wählte sich einen Zeltobmann, dem ein Erwachsener als Helfer zur Seite stand. Mehrere solcher Zeltgemeinschaften bildeten das Zeltendorf; aus acht solchen Dörfern bestand das Lager. Jedes Zeltendorf hatte ihren Gemeinderat mit einem Bürgermeistermeister an der Spitze. Den Sitzungen des Gemeinderates folgten die Dorfoberparlamenten. Aus 24 Abgeordneten bestand dieses Parlament, dem ein Lagerobmann und die Leiter der einzelnen Arbeitsgebiete angehörten. Nach außen vertrat der Lagerpräsident die Republik, er führte auch den Vorsitz im Parlamente.

Wer den Vorkandidaten dieses Parlamentes bewohnte, konnte feststellen, daß es sich hier um keine Spielerei, sondern um einen ernstlichen Beratungskörper handelte, der mit großer Verantwortlichkeit gegenüber seiner Wählerschaft erfüllt war. Alles, was das Lagerleben betraf, wurde verhandelt. Die mit Mehrheit gefassten Beschlüsse wurden mit der Wählerschaft besprochen und durch diesen innigen Kontakt gelang es, sie entsprechend durchzuführen. In seiner letzten Sitzung nahm dieses Parlament die Berichte aus den einzelnen Dörfern entgegen. Die Jungen und Mädchen sagten als Abgeordnete alles, was allen gefallen, aber auch, was bei einem kommenden Lager berücksichtigt werden soll. In dieser Sitzung wurden über Antrag des Dorfes Kiel die Pflichten der Jungfrauen beraten. Die Beratung zeigte, welche ein herrlicher

Geist und welche ein starkes Wollen die Jungen und Mädchen beherrscht. Das Parlament erklärte, daß es sich nicht auflöse, sondern bis zur nächsten Kinderrepublik verhalte. Wie ernst die Arbeit des Lagerparlamentes aufgenommen wurde, geht aus folgendem Liede hervor, das die Zeltgemeinschaft: Beddin-Berlin dichtete und das im Lager allgemein gesungen wurde:

Der Lagerparlament.

- 1 Wenn der Lagerparlament
Mittags durch die Dörfer rennt, juchhei!
[Ja, denn muß alle in Ordnung sind,
Der der Parlament kein Dreck nicht sind, juchhei!]
- 2 In der Samariterzelt
War et alle wohl bestellt, juchhei!
[Wenig Kranke, vilie Medizin,
Da zu sein, der muß ja knorke sind, juchhei!]
- 3 Parlament geht dann zur Scheun,
Mensch, war konntest dir da freun, juchhei!
[Vilie Zäcke voll und Berje Brot,
Der zweitausend Kinder ohne Not, juchhei!]
- 4 Parlament zur Küche zieht,
Kiesentöpf in Reich und Glied, juchhei!
[Und juchst mit Essen viel und sein,
Wenn die Kinder alle Kochdampf schrein, juchhei!]
- 5 Und der Lagerparlament
Durch die Dörfer alle rennt, juchhei!
[Alle Zelte werden anjesehn
Und bemedert, wenn se nich janz scheun, juchhei!]
- 6 Endlich is der Parlament
Mit dem Kiel'n janz zu End, juchhei!
[Und denn jeh'n se alle Mann nach Haus,
Und et is den unier Pied auch aus, juchhei!]

(Fortsetzung folgt.)